



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Personalangelegenheiten am 02.11.2017
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Herr Gernot Töpfer

Herr André Cierpinski

Herr Eberhard Doege

Frau Manuela Hinniger

Frau Marion Krischok

Frau Elisabeth Nagel

Herr Johannes Krause

Herr Kay Senius

Herr Marko Rupsch

Herr Tom Wolter

Ausschussvorsitzender

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES

FORUM

Verwaltung

Herr Egbert Geier

Frau Christine Hahnemann

Frau Gesine Präkelt

Herr Steffen Ruppe

Frau Uta Rylke

Bürgermeister, Beigeordneter Finanzen und
Personal

Fachbereichsleiterin FB Personal

Abteilungsleiterin Personal und IT-Controlling

Sonderprojekte und übergreifende Aufgaben

Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Herr Christoph Bernstiel

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

zu **Einwohnerfragestunde**

Zur Einwohnerfragestunde waren keine Einwohnerinnen und Einwohner erschienen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten wurde von **Herrn Töpfer** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Doege brachte den Einwand, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE nicht beschlussfähig ist. Dieser greift in eine Organisationsentscheidung ein, die erst durch den Oberbürgermeister getroffen werden müsste. Wo soll eine Stelle angesiedelt werden? Er empfahl den Antragstellern, sich hierzu nochmals Gedanken zu machen.

Herr Wolter sah die Hinweise als nachvollziehbar an. Er empfahl dennoch eine Beratung zu diesem Änderungsantrag und danach kann eine Entscheidung ausgesprochen werden.

Herr Töpfer ließ darüber abstimmen, ob der Änderungsantrag auf der Tagesordnung bleiben soll. Hierzu gab es eine einstimmige Zustimmung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, rief **Herr Töpfer** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

- . Einwohnerfragestunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschriften
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2017
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2017
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

5. Beschlussvorlagen

5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016
Vorlage: VI/2017/03365

5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung einer Fachstelle gegen Rechtsextremismus zur BV Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016 - Vorlage: VI/2017/03365 - Stellenplan
Vorlage: VI/2017/03513

5.1.1 Änderungsantrag der Stadträte Markus Klätte und Helmut-Ernst-Kaßner zum
.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung einer Fachstelle gegen Rechtsextremismus
VI/2017/03513
Vorlage: VI/2017/03551

5.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Änderungsantrag der
.2. Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung einer Fachstelle gegen Rechtsextremismus - VI/2017/03513
Vorlage: VI/2017/03553

5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
. Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016, hier: Koordinator/-in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention
Vorlage: VI/2017/03548

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit
Vorlage: VI/2017/03382

7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

8. Mitteilungen

9. Beantwortung von mündlichen Anfragen

10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2017

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 06.09.2017, so dass **Herr Töpfer** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2017

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.10.2017, so dass **Herr Töpfer** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Töpfer teilte mit, dass es keine nicht öffentlichen Beschlüsse in der Sitzung vom 04.10.2017 gab.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016
Vorlage: VI/2017/03365**

Herr Geier sprach an, dass in der Behandlung des Stellenplans mit dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters und fortlaufend den GB weitergegangen wird.

Hierzu wurde eine Übersicht zur Stellenplan- und Personalkostenplanung gezeigt; diese ist in Session hinterlegt.

Frau Ernst regte an, dass bei der Vorstellung des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters der unter dem TOP 6.1 stehende Antrag hier gleich mit diskutiert werden kann. Dieser Anregung wurde gefolgt.

Herr Töpfer eröffnete die Vorstellung der Geschäftsbereiche.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zur Vorstellung des GB OB und GB I ein Wortprotokoll beantragt.

GB Oberbürgermeister

Frau Ernst

Kommen wir zum Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft. Da gibt es im Wesentlichen zwei Veränderungen. Das ist zum einen die Umorganisation einer Stelle aus dem Dienstleistungszentrum heraus und zum anderen die Aufnahme einer neuen Stelle, eines Sachbearbeiters für Breitband und Digitalisierung.

Wir haben im Wirtschaftsausschuss im Rahmen des Antrages zum Thema Breitband, Fördermittelbeantragungen zu diesem Thema schon informiert. Diese Stelle würde sich sozusagen um diese gesamte Aufgabe kümmern. Da kann ich im Nachgang auch gerne, wenn gewünscht, nochmal näher darauf eingehen.

Dann sehen wir im Dienstleistungszentrum Migration und Integration eine geringfügige Änderung. Also eine Stelle, die aufgrund der Fallzahlen im Rahmen der Flüchtlingssituation in den Geschäftsbereich I zurück-, also umorganisiert wurde. Es handelt sich hierbei um eine Beamtenstelle, also eine Stelle weniger in diesem Bereich.

Dann, im Büro des Oberbürgermeisters gab es ebenfalls eine Umorganisation. Da haben Sie, meine ich, vor zwei Ausschusssitzungen auch im Ausschuss schon darüber beraten bzw. sich informiert. Da geht es zum einen um den Referenten für Interne Verwaltungsfragen. Die Stelle ist in den Fachbereich Sicherheit umorganisiert worden. Da kommen wir auch später nochmal dazu. Und dann gab es im Zuge der Einstellung des Fanprojektes dann entsprechende Veränderungen, die mit der Fördermittelsituation zu tun haben.

Die nächste Veränderung finden Sie im Fachbereich Rechnungsprüfung. Da wurde eine Stelle neu aufgenommen. Da geht es um eine steigende Auftragsituation. Auch hier ist in den Ausschüssen schon bereits informiert worden. Im Zuge der Flutmittel – und „STARK III“-Bearbeitung ist hier eine Stelle hinzugekommen. Das gleiche trifft, also mit der gleichen Begründung, auch auf den Fachbereich Recht zu. Auch hier die Begründung Bearbeitung von Flutmittelanträgen „STARK III“.

Und im Fachbereich Sicherheit wurden insgesamt 12 Stellen neu aufgenommen. Da würde ich gerne noch näher zu ausführern. Dabei handelt es sich einmal um 4 Stellen in der Abteilung Stadtordnung. Das korrespondiert mit dem Ansinnen des Antrages unter 6.1. Also um verstärkt auch Präsenz im Stadtgebiet zu zeigen bzw. auch die Dienstzeiten an den Wochenenden zu erweitern, ist hier eine Stellenerhöhung entsprechend erforderlich bzw. auch die Intensivierung bei Kontrollen spielt in diese Überlegung mit hinein.

Dann gibt es einen Aufwuchs in der Leitstelle der Feuerwehr um 6 Stellen. Das hängt zusammen mit der beabsichtigten Einführung des 24h-Dienstes. Zudem wurde eine Stelle ausgeglichen, die für den örtlichen Personalrat derzeit benötigt wird.

Und wir haben eine Stelle, die erforderlich ist im Zuge der Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes.

Dann wäre jetzt die Möglichkeit, Fragen zu dieser Präsentation zu stellen oder dann im Stellenplan dann nochmal dezidiert.

Herr Töpfer

Vielen Dank Frau Ernst.
Herr Doege.

Herr Doege

Zu den Stellenbedarfen oder Mehrbedarfen im Fachbereich Sicherheit. Sie sagten, die 6 Stellen für die Leitstelle Feuerwehr, um den 24h-Stunden-Dienst einzurichten. Der ist doch schon da. Der ist ja nicht neu. Also das erschließt sich mir jetzt nicht. Also an der Feuerwehr kann es nicht liegen und am Rettungsdienst.

Frau Ernst

Nein, das bezieht sich auf die Leitstelle. Da haben wir im Moment einen 12h-Dienst und Herr Möller könnte Ihnen da auch nochmal erläutern wie sich das mit der beabsichtigten Einführung verhält. Wenn der Herr Vorsitzende zustimmt.

Herr Töpfer

Aber natürlich.

Herr Möller

Also aktuell haben wir in den Wachabteilungen, das stimmt, einen 24h-Dienst, in der Leitstelle bisher den 12h-Dienst. Um diese beiden Dienste miteinander auch zu vereinen - d.h., aus der Wachabteilung gehen auch Leute hoch, die die Leitstelle übernehmen - um das zu kombinieren, ist die Einführung des 24h-Dienstes in der Leitstelle beabsichtigt.

Herr Doege

Okay, ich habe das jetzt verwechselt. Die Besetzung rund um die Uhr ist ja jetzt schon da.

Herr Möller

Richtig.

Herr Doege

Es geht bloß um die Arbeitszeitveränderung.

Herr Möller

Genau.

Herr Doege

Okay, alles klar.

Herr Töpfer

So, gibt es weitere Nachfragen? Frau Krischok.

Frau Krischok

Können Sie zu der Stelle, wie Sie sagten, für Personalrat noch etwas sagen?

Herr Möller

Also ein Mitarbeiter, sozusagen, ist durch die Wahl in den Personalrat gewählt worden. Damit ist der freizustellen und damit die Stelle nicht besetzt bleibt in dem Fachbereich 37, wird der umorganisiert auf diese Personalratsstelle. Damit die Stelle, die sozusagen für den Wachabteilungsdienst weiter zur Verfügung ist, neu besetzt werden kann. Weil, sonst würden wir, wenn wir die sozusagen in den Personalrat abtreten, ja diese Stelle nicht besetzen können und deswegen hat man diese Hilfsstelle geschaffen.

Herr Töpfer

Herr Wolter.

Herr Wolter

Ja, vielleicht können Sie die Folie nochmal zurückmachen. Sie hatten ausgeführt beim Fachbereich 37 die 10 neuen Disponenten und auch die 4 Verwaltungsvollzugsbeamten.

Meine Frage: Wie ist der Ist-Stand 2017 gewesen a) bezüglich der Krankensituation in diesem Bereich und b) zur tatsächlichen Besetzung in diesem Bereich? Weil ich kann mich erinnern, dass wir beim Vortrag in diesem Bereich auch nicht alle Stellen besetzt hatten. Jetzt meine Frage, die sich dahinter verbirgt, ist natürlich der Bedarf und die genauen Kennzahlen, die Sie damit bewirken wollen. Also das ist jetzt allgemein, dass man sagt, wir benötigen da einfach 10 Personen mehr. Das nimmt Bezug auf den CDU-Antrag.

Aber ich fände es ja wichtig wie in anderen Bereichen, dass wir mit Kennzahlen oder Fällen arbeiten. Und wenn die tatsächliche Besetzung noch nicht erfolgt ist, würde ich natürlich die Frage stellen wollen, warum machen wir nicht erstmal die Besetzung voll.

Herr Töpfer

Frau Ernst bitte.

Frau Ernst

Ich würde mit der Besetzungssituation beginnen. Da sind wir im Moment dabei. Die Ausschreibungen finden statt. Also da erfolgt sukzessive die Besetzung der Stellen. Und Herr Möller würde nochmal erläutern, dass das eben mit dieser Frage primär nichts zu tun hat, weil es hier darum geht, entsprechende Stunden dann zu ermöglichen und insofern, was die Kennzahlen betrifft. Wenn wir über die erweiterten Einsatzzeiten am Wochenende sprechen, ist dann ein höherer Personalbedarf erforderlich. Und Herr Möller würde das nochmal dezidiert untersetzen.

Herr Töpfer

Bitte schön.

Herr Möller

Ja, die aktuellen Stellen, die im Fachbereich 37, ja in diesem Stadtordnungsdienst vorhanden sind, die reichen eben nicht aus, auch bei Vollbesetzung, um diese Ausweitung der Dienstzeiten auch am Wochenende zu ermöglichen.

Wir haben hochgerechnet, dass aufgrund der Einsatzzeiten hier diese 4 Stellen zusätzlich im Stadtordnungsdienst zur Verfügung gestellt werden müssten, damit wir eben diese Präsenz im Stadtgebiet auch an den Wochenenden so erhöhen wie es denn auch gewollt ist.

Herr Töpfer

Vielen Dank. Gibt es weitere Nachfragen? Herr Rupsch.

Herr Wolter

Darf ich erstmal nachfragen Herr Vorsitzender.

Herr Töpfer

Aber Herr Wolter natürlich.

Herr Wolter

Danke schön. Erklärt sich für mich nun wirklich gar nicht. Also Sie sagen jetzt Kennzahlen. Wochenenddienste nehme ich mal als Beispiel. Das bedeutet 2 mal 12 h oder wollen Sie jetzt einen 24h-Dienst einrichten am Wochenende?

Bedeutet das, dass Sie 4 Personen... also das meine ich mit einer konkreten Planung, die dahinter ist. Sind das jetzt 4 Personen, die nur am Wochenende tätig sind? Sind das dadurch 10 Personen, die am Wochenende tätig sind á 12 h, sind das? Also was steckt dahinter für eine Zielzahl und eine konkrete Kennziffer, damit man das in irgendeiner Form bewerten kann?

Und Frau Ernst, Sie haben gesagt, das ist nicht vollständig besetzt. Ich würde ja gerne wissen, wieviel Stellen sind jetzt besetzt von den 466,75?

Herr Töpfer

Bitte.

Frau Ernst

Aufgrund der fortlaufenden Ausschreibung und Besetzung müssten wir die Zahl nachliefern. Aber das ist kein Problem, das können wir morgen machen. Nochmal zu der Abstimmung was den Wochenenddienst betrifft. Ich sagte, es korrespondiert mit dem Antrag der CDU. Der ist jetzt, glaube ich, vom Sommer, vom Spätsommer.

Tatsächlich ist die Verwaltung an dem Thema aber länger schon dran, weil es hier auch intensiver Abstimmungen mit dem Personalrat bedarf. Also müssen Vereinbarungen getroffen werden, d.h. da wird schon seit dem ersten Quartal 2017 intensiv beraten.

Herr Möller würde nochmal erläutern wie es sich mit den Wochenenddiensten verhält. Es würde tatsächlich für alle Ordnungskräfte dann gelten, also dass man dann flexibel einsetzbar ist. Also es gibt jetzt nicht speziell Leute, die nur am Wochenende im Dienst sind, sondern es würde sich dann entsprechend verteilen. Daher auch die Abstimmung mit dem Personalrat. Und ich würde nochmal an Herrn Möller übergeben.

Herr Töpfer

Bitte Herr Möller.

Herr Möller

Ja, also die 4 Stellen sind nicht zusätzlich, um den Wochenenddienst mit diesen 4 Stellen abzudecken, sondern im Rahmen der Absicherung auch des Arbeitszeitgesetzes ist derzeit eine Ausweitung der Dienste, die ja jetzt aktuell sind, eben nicht möglich. Und dann kann man hochrechnen. Und wir schaffen es, dass wir zum Beispiel Samstag eben nicht um 14.00 Uhr sozusagen den Dienst einschränken, sondern eben in die weiteren Stunden gehen. Und dazu brauche ich das Personal, was dann aber sukzessive natürlich dann von Montag, aber auch am Wochenende, eingesetzt ist.

Herr Töpfer

Danke, so dann war Herr Rupsch und dann Herr Doege.
Bitte Frau Ernst.

Frau Ernst

Wir haben gerade noch einen Spickzettel bekommen vom Fachbereich Personal und zwar ist die Ist-Besetzung mit Stand heute 433 Vollzeitstellen auf den gesamten Fachbereich Sicherheit.

Herr Töpfer

So, danke. Herr Rupsch nicht. Dann Herr Doege.

Herr Doege

Ja, nochmal zu diesen 4 Stellen. Ich habe Sie richtig verstanden. Das sind dann Verwaltungsvollzugsbeamte, also mit ihren speziellen Aufgaben? Danke.

Herr Töpfer

Herr Krause bitte.

Herr Krause

Jetzt ist vom Wochenenddienst gesprochen in dem Zusammenhang. Ist auch gemeint, in der Woche nach 22.00 Uhr? Habe ich das richtig verstanden? Darum ging es ja im Wesentlichen auch. Es ging ja nicht nur um das Wochenende.

Die großen Probleme treten auch in der Woche auf. Und ab 22.00 Uhr wird dann die Polizei angerufen und die sagt: „Nein, ist von der Rangreihenfolge ganz hinten dran bei uns und das Ordnungsamt ist nicht mehr da“.

Herr Töpfer
Frau Ernst bitte.

Frau Ernst

Also geplant ist auch die Ausweitung dann dementsprechend innerhalb der Woche. Was da jetzt genau an Zielsetzung ist, müsste ich nochmal schauen, habe ich nicht präsent.

Herr Töpfer

So, gibt es weitere Nachfragen? Frau Ernst, von meiner Seite eine Anmerkung. Wir haben ja hier entsprechende Änderungsanträge zu einer Fachstelle gegen Rechtsextremismus bzw. in anderer Formulierung. Die müsste ja nach meinem Verständnis im OB-Bereich angesiedelt sein. Wenn es nicht so ist, dann müssen Sie es sagen. Wie ist denn die Meinung jetzt dazu von der Verwaltung?

Frau Ernst

Das Thema Rechtsextremismus wird durch die Verwaltung intensiv bearbeitet und das ist im Prinzip jetzt schon an verschiedenen Stellen in der Verwaltung angedockt. Deswegen würde ich nochmal ganz kurz da den Überblick geben.

Also im Bereich des Grundsatzreferenten, des Kinder- und Jugendbeauftragten, der die kommunale Koordination und Begleitung der „HALLIANZ für Vielfalt“ übernimmt. Also da ist das Thema auch verankert und auch, wenn wir an den Präventionsrat denken, da ist im Bereich der Referentin für Ordnung und Sicherheit, das Thema wird dort bearbeitet.

Wenn Sie jetzt Fragestellungen der Verwaltung zu diesem Thema: Wo ist das angesiedelt, würden wir empfehlen, neben der finanziellen Untersetzung, die ja bis jetzt bei allen Anträgen noch offen ist, auch nochmal die inhaltlichen Aufgaben zu schärfen vor dem Hintergrund, dass eben dieses Thema momentan schon an verschiedenen Stellen bearbeitet wird. Also das wäre sozusagen auch die Empfehlung an die Antragsteller da nochmal zu schauen und quasi die Aufgaben dann unter Umständen auch zu ergänzen.

Ansonsten ganz grundsätzlich empfindet die Stadt es natürlich als ideal, dass man deutlich macht, wofür man sich positioniert und einsetzt. Und insofern auch als Empfehlung für einen Titel über „Fachstelle für Demokratie und Toleranz“ nachzudenken. Soweit.

Herr Töpfer

Also, nochmal an die ursprünglichen Antragsteller des Änderungsantrages.
Frau Krischok.

Frau Krischok

Ja, dann möchte ich an dieser Stelle doch dazu sagen, dass es aus unserer Sicht nicht ausreicht, dass es überall so ein bisschen ist.

Jetzt geht es uns einmal um den Antrag, die Fachstelle. Über den Begriff könnte man verhandeln, sage ich jetzt mal. Aber außerdem ist ja noch im Raum, dass was nächste Woche im Ordnungsausschuss ist, die halbe Stelle für Präventionsrat. Da haben wir ja auch inhaltlich wirklich schon festgestellt, es reicht nicht. Und ich denke mal alle Fraktionen auch die Verwaltung hat ja vom Bündnis „Gegen Rechts - für Zivilcourage“, hat ja die Inhalte mitgeteilt bekommen. Dazu stehe ich auch.

Meine Frage wäre jetzt, was ist aus der Sicht, was Herr Doege vor allem vorhin sagte, zur Stellenbeschreibung von ihm notwendig? Wie lange würden Sie brauchen, um eine Stellenbeschreibung dann eventuell zu machen?

Wir hatten ja bei der Fachstelle gesagt, ab dem 1. März. Und bei der anderen war unser Wunsch 1. Januar. Aber zum Präventionsart können wir ja nächste Woche nochmal debattieren. Aber unsere Erfahrung ist auch, wenn wir es jetzt nicht einbringen, dann läuft es mindestens noch ein ganzes Jahr so, weil, dann ist der Haushalt beschlossen und es ist nicht machbar. Insofern möchte ich gerne von der Verwaltung eine Aussage haben, welchen Vorschlag uns sie jetzt dazu macht. Oder - wenn ich Sie richtig verstanden habe - wir wollen es überhaupt nicht, weil, wir haben es ja schon. Dann frage ich mich aber, warum davon sehr, sehr wenig zu spüren ist.

Herr Töpfer

Frau Ernst.

Frau Ernst

Ich glaube, Sie haben mich missverstanden Frau Krischok. Ich wollte einfach nur darstellen an welchen Stellen in der Verwaltung das Thema bislang bearbeitet wird. Und insofern müsste man dann nochmal schärfen - seitens der Antragsteller - was genau Sie darüber hinaus benötigen und für wichtig erachten. Das ist kein Dissens, sondern einfach nur die Feststellung.

Natürlich sind wir Ansprechpartner als Verwaltung und führen mit jedem Bürger eine entsprechende Beratung. Denken Sie an das Thema identitäre Bewegung und die Anwohnerinitiative, die sich da gegründet hat. Also die Verwaltung bietet da Ansprechpartner. Aber ich verstehe Sie auch richtig, Sie wollen mehr und hier geht es genau darum, dieses Mehr zu untersetzen. Und insofern war das die Empfehlung der Stadtverwaltung, da nochmal zu konkretisieren oder zu schärfen.

Wenn Sie über den Antrag zum Präventionsrat sprechen, da hat die Verwaltung sich im Rahmen der Beigeordnetenkonferenz verständigt, eine Beschlussvorlage einzubringen, die auch die Aufgaben des Präventionsrates, der ja, ich schaue nochmal auf den Titel, „Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität, für Toleranz und Integration“ sich nennt.

Wenn man sich die Themen betrachtet, rückt das eine oder andere in den Hintergrund. Und auch vor dem Hintergrund, dass viele Akteure in den letzten Jahren dazu gekommen sind - der Beschluss ist von 2001 - halten wir es für wichtig an der Stelle, Ihnen einen Vorschlag zu machen, wie man diesen Präventionsrat, auch um irgendwie die Strahlkraft zu erhöhen und eben neue Entwicklungen zu berücksichtigen, ohne Doppelstrukturen zu schaffen.

Da möchten wir Ihnen einen Vorschlag unterbreiten. Frau Wildgrube hatte angedeutet, dass sie im Dezember/Januar soweit sein wird, um das zu diskutieren. Und insofern, Sie haben Recht, gibt es auch Parallelen. Und genau vor dem Hintergrund erscheint es mir aber wichtig über die Begründung hinaus, die jetzt die Antragsteller der Linken definieren, da eben nochmal sich zu verständigen, was genau Sie möchten und wo Sie auch die Bedarfe sehen.

Herr Töpfer

So. Herr Doege.

Herr Doege

Wenn wir jetzt bei diesem Änderungsantrag sind, dann verweise ich nochmal auf das, was ich vorhin gesagt habe. Und ja, wie sehen Sie das Frau Ernst? Ist das nicht vom Grundsatz her erstmal eine Sache, wo sich die Verwaltung intern darüber im Klaren werden muss. Vor

allem, wenn hier eine Stelle geschaff werden soll, dann setzt das ja bestimmte Arbeiten der Verwaltung voraus, dass hier so ein Beschluss gefasst werden könnte. Also wie Stellenbeschreibung, Bewertung usw.. Wo will man so eine Stelle im Stellenplan ausbringen, wenn man überhaupt nicht weiß wo sie organisatorisch angesiedelt ist und wie ihre Stellenbewertung ist?

Also ich denke, das hindert uns regelrecht hier heute dazu irgendeinen Beschluss zu fassen. Mit welcher Mehrheit auch immer und mit welcher Ausprägung auch immer dieses Änderungsantrages. Ich denke, die Verwaltung wäre hier am Zug. Und ich denke auch, sie hätte dann die Chance, im Sinne der Antragsteller diesen, in Gänsefüßchen, „Wildwuchs“ unterschiedlichster Zuständigkeiten für den gleichen Themenbereich damit mit zu bereinigen. Mit einer neuen Geschäftsordnung oder einer Regelung zum Präventionsrat wird es wohl nicht getan sein, aus meiner Sicht.

Aber erstmal Ihre Meinung dazu. Ist es eine Verwaltungssache oder ist es Sache des Stadtrates? Wir haben ja nun leidvolle Erfahrungen mit Zuständigkeiten als Stadtrat.

Herr Töpfer

Frau Ernst bitte.

Frau Ernst

Da hoffe ich ja auch bei 6.1. auf die Erkenntnis des Antragstellers. Da haben wir ja genau dieses Zuständigkeitsproblem. Aber in diesem Falle sehe ich - was die Zulässigkeit betrifft des Einrichtens einer Stelle - dahingehend keine Probleme. Die Antragsteller möchten eine Personalstelle einrichten. Sie treffen keine Aussagen wo die organisatorisch angedockt sein soll. Das ist sozusagen dann entsprechend die Aufgabe und Angelegenheit der Verwaltung. Aber so habe ich den Antragsteller auch nicht verstanden.

Im Hinblick auf die Konkretisierung gebe ich Ihnen Recht. Das knüpft auch an das an, was ich vorhin sagte. Da würde ich eben auch nochmal empfehlen, dass man sich diesbezüglich zusammensetzt seitens der Antragsteller und dies schärft. Da stimme ich Ihnen zu.

Und was das Thema Präventionsrat anbelangt, da müssen wir jetzt ebenso ein bisschen trennen. Diese Institution ist vom Stadtrat beschlossen. Und ich halte es auch für erforderlich im Präventionsrat selber auch nochmal diese Neuausrichtung zu diskutieren. Dass man das nicht über die Köpfe - auch wenn die Fraktionen da vertreten sind - eben nicht entscheidet, sondern gemeinsam in dem Gremium auch mit den ehrenamtlichen Mitgliedern das bespricht. Insofern würde ich das da nochmal loslösen und dann auch sehen, den Schwung sozusagen der Neuaufstellung, dann im nächsten Jahr zu nutzen und sich darüber zu verständigen und ansonsten diesen Antrag, was die Fachstelle betrifft, erstmal losgelöst zu diskutieren.

Obwohl es miteinander zusammenhängt und es geht auch nicht um Wildwuchs. Es gibt unterschiedliche Bereiche. Ich habe Sie auch in Gänsefüßchen verstanden, aber insofern die Bitte, zu konkretisieren. Aber was die organisatorische Zuordnung betrifft aus der Sicht der Verwaltung. Ich schaue nochmal zu Herrn Geier, keine Probleme.

Herr Töpfer

So, dann Herr Krause, Frau Hinniger und dann Herr Doege.

Herr Krause

Ich vermute mal, wenn der Antragsteller die Zuordnung reingeschrieben hätte, dann wäre das Risiko wohl kaum, dass es einen Widerspruch des OB wegen der Zuständigkeit gegeben hätte. Also von der Seite her ist es verständlich, dass das nicht unbedingt zwangsläufig drinsteht.

Ich finde es aber gut Frau Ernst, dass Sie die Aufgaben in ihren Volumina erkannt haben und auch jetzt auch sehr deutlich gesagt haben. Ich finde, es ist wichtig, tatsächlich diese Trennschärfe in der Aufgabenbeschreibung seitens der Verwaltung zu leisten. Ich sage Ihnen auch warum.

Wenn diese halbe Stelle, die da gedacht ist für den Präventionsrat mit der Komplexität dessen, was die sich da an Themen gestellt haben. Ich glaube das haben Sie auch gemeint als Sie das eben ausgeführt haben. Wenn man das nicht trennscharf nimmt zu einer Stelle, die sich - und da finde ich den Titel gar nicht mal so schlecht „Für Demokratie und Toleranz“ - einsetzt, weil das ein Stückchen weitergehend ist. Es ist vor allen Dingen nicht eine Stelle, die gegen was ist, sondern für etwas. Da haben wir beide gerade darüber gesprochen. Das ist schon von der Außenwirkung schon ein ganz anderer Impetus.

Nur, also mir wäre jetzt wichtig von Ihnen zu hören, dass wir eine Gewissheit kriegen. Grundsätzlich kann man sagen, die anderthalb Stellen werden bereitgestellt. Dann wären, glaube ich, die Räte weitestgehend zufrieden für diesen Bereich, Aufgabenbereich. Und dann kann man das, was Sie eben noch geschildert, im Nachgang liefern und dann festmachen. Weil, so viel Vertrauen muss da sein, dass, wenn Sie das hier erklären zu Protokoll, dass wir auf dem Weg gehen, dass es dann nachher auch so geschieht. Da kommt es jetzt auch nicht auf einen Monat drauf an. Das hat auch, glaube ich, keiner gemeint. Worauf es hier ankommt, ist, dass wir es im Rahmen der Haushaltsberatung in dem Stellenplan mit festklopfen, dass es da ist. Und wie man nachher die Aufgabenbeschreibung trennscharf richtig hinkriegt, können wir gerne darüber reden.

Ich will auch mal an der Stelle sagen, dass ich es gut finde, dass sich die Verwaltungsspitze an der Stelle auch wirklich sichtbar engagiert. Keine Frage, das will ich nochmal sagen an der Stelle. Und deswegen ist die genaue Beschreibung, glaube ich, auch nur mit Hilfe der Verwaltung möglich, weil nämlich gerade aus den unterschiedlichen Fachbereichen unterschiedliche Zuständigkeiten damit korrelieren. Das ist nun mal so.

Herr Töpfer

Frau Ernst, wollen Sie sich dazu äußern? Nein.
Dann Frau Hinniger.

Frau Hinniger

Vielen Dank Frau Ernst. Genau diesen Impuls wollten wir ja mit dem Antrag geben. Und es ist ja auch schön zu sehen, dass es hier offene Türen einrennt. So viele Änderungsanträge wie da gekommen sind inhaltlich. Wir als Antragsteller, wir wollen nochmal die Kritik aufnehmen, dass die Stelle so nicht untersetzt ist. Das ist schon richtig.

Ist es denn für Sie in Ordnung, wenn Präventionsrat mit dem Bündnis für Zivilcourage und der Verwaltung sich noch in diesem Jahr wenigstens einmal hinsetzt, um dort ein Stellenprofil zu schärfen? Wenn wir uns darauf einigen können, dass das dann im Zuge der Neugestaltung des Präventionsrates, wie Sie das angeregt haben, dann auch mit reinkommt und in dem Stellenplan vielleicht schon mal genau diese anderthalb Stellen vermerkt werden mit Sperrvermerk. Das gibt es doch, glaube ich auch, wenn das untersetzt ist.

Dann würden wir den Antrag auch so zurückziehen. Weil das stimmt schon, da muss noch eine Schärfung rein, eine Untersetzung rein, wo wir hin wollen. Aber es ist schön, dass wir genau hier den Kern getroffen haben. Und ja, genau so eine Stelle für notwendig erachten.

Herr Töpfer

Frau Ernst.

Frau Ernst

Ich glaube, wir haben uns auch nochmal ganz leicht missverstanden. Wenn Sie jetzt sagen, Sie ziehen den Antrag aufgrund einer Zusicherung zurück, haben wir immer noch das Problem, dass die finanziell nicht untersetzt sind, beide Anträge. Also insofern hat die Verwaltung einen Haushalt ausgeglichen eingebracht. Wir hätten damit einen Zuwachs und müssten uns dann oder Sie müssten sich verständigen wie Sie da die Prioritäten setzen. Also die Zusage kann ich daher so auch nicht geben. Was ich zusagen kann ist, dass wir gerne auch gemeinsam uns zusammensetzen können und uns da abstimmen, selbstverständlich. Das passiert ja auch fortlaufend bei anderen Themen.

Ich möchte trotzdem nochmal zurückkommen auf die halbe Stelle Präventionsrat. Da hatte die Verwaltung in ihrer Stellungnahme deutlich gemacht, dass es eine Stelle, einen Mitarbeiter, der genau diese Themen auch bearbeitet, gibt.

Der Präventionsrat wird ja bislang auch begleitet. Es gibt einen Protokollführer usw. Die Sitzungen werden vorbereitet. Dass die Manpower sozusagen in der Verwaltung schon vorhanden ist. Noch dazu kommt, das Thema Neuausrichtung und Sie würden jetzt sozusagen damit eine Stelle einstellen, die a) inhaltlich noch nicht vollständig untersetzt ist, vor dem Hintergrund, dass wir da nochmal neu ansetzen wollen und die auch finanziell an der Stelle nicht untersetzt ist. Also insofern die zwei Unterschiede, auf die ich nochmal hinweisen möchte.

Frau Hinniger

Das habe ich verstanden. Nur zur Ergänzung, dann würden wir unseren Antrag aufrechterhalten. Über Namensgebung können wir uns ja immer noch einigen. Und dann bringen wir das weiter in den Haushalt ein und finden dann gewiss auch in den Debatten eine Lösung.

Herr Töpfer

Frau Hahnemann, Sie wollten jetzt noch ergänzen.

Frau Hahnemann

Ja, ich erlaube mir an dieser Stelle jetzt einfach mal darauf hinzuweisen, dass wir erst nach dem die Aufgaben definiert, also der Aufgabenumfang und die Aufgabentiefe auch beschrieben ist, wir feststellen können, ob das eine ganze Vollzeitstelle ist oder ob das nur eine Dreiviertel- oder eine Halbe ist. Also vor diesem Hintergrund erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass wir uns zunächst über die Aufgaben setzen müssen, dass wir beschreiben müssen in welchem Umfang und ich wiederhole mich. Deswegen mein Einwand, ja.

Herr Töpfer

Herr Wolter, hatten Sie noch eine Frage?

Herr Wolter

Ja, ich finde es, Herr Vorsitzender, extrem schwierig, dass Sie diese Frage hier einbringen, wie denn die Verwaltung zu einem Änderungsantrag einer Fraktion steht, obwohl wir eigentlich gerade den Vortrag hören zu bestimmten Fachbereichen.

Ich habe Sie so verstanden von der Ordnung unserer Sitzung, dass jetzt hier in der Reihenfolge wie angegeben die verschiedenen Bereiche unserer Verwaltung ihren Personalplan darstellen, wir dazu Fragen stellen und wir dann im Nachgang diese Diskussion aufmachen zu den Änderungsanträgen, die hier vorliegen.

Ich verstehe überhaupt nicht was wir gerade diskutieren. Der wurde weder eingebracht, noch wurde dazu in irgendeiner Form jetzt zu einer Abstimmung aufgerufen. Ich verstehe jetzt auch nicht, ist er jetzt zurückgezogen oder nicht? Insofern würde ich Sie bitten, einfach den

Fachbereich OB jetzt weiter anzuhören oder Fragen dazu zu diskutieren und dann irgendwie im Nachgang die Änderungsanträge aufzurufen nachdem wir alle Verwaltungsbereiche... Oder, sonst müsste ich auch unseren Antrag reinbringen.

Deswegen würde ich Sie bitten einfach das danach zu machen, die Fraktion Die Linke dann ihren Antrag einzubringen und das zu diskutieren und Sie nicht dazu vielleicht zu provozieren, dass hier einzelne Fragen zu Anträgen, die hier vorliegen... Ich kann mich sonst gar nicht ..., weil, ich habe Fragen noch zum Fachbereich des OB. Das würde ich gern abschließend diskutieren und dann kann man gerne einbringen auch. Aber ich dachte, wir bringen danach erst ein. Das ist meine Frage an Sie. So hatte ich Ihre Tagesordnung verstanden.

Herr Töpfer

Ja, ich habe es zur Kenntnis genommen, Herr Wolter. Sie haben ja auch einen Änderungsantrag gestellt. Und das nach meiner Kenntnis beim GB III - weil wir - oder IV sogar - wir waren uns nicht im Klaren, wo gehört das hin. Deshalb haben wir die Frage jetzt einfach mal auf den Tisch mitgebracht. Nicht wahr. Ansonsten nehme ich Ihren Hinweis natürlich entgegen. Und bitte stellen Sie weitere Fragen. Herr Doege.

Herr Doege

Ja, also ich lasse jetzt mal den Antrag beiseite. Ich habe zur Seite 1348 eine Frage und einen Hinweis. Die laufende Nummer 27, die müsste meines Erachtens aus dem Stellenplan raus. Als Korrektur.

Seite 1348, die laufende Nummer 27. Das ist die Stelle, auf der Herr Rochau saß. Und die ist ja nicht mehr, müsste also zumindest von irgendeinem Änderungsdienst erfasst werden. Wie auch immer. Weiß ich jetzt nicht.

Herr Töpfer

Herr Doege, das ist heute gekommen im Änderungsdienst aktuell.

Herr Doege

Und wo ist der gekommen?

Herr Geier

Die nächste Seite.

Herr Töpfer

Wenn es natürlich jetzt nicht alle erhalten haben, dann ... Es ist per E-Mail heute um die Mittagszeit zwischen Änderungsanträgen etc. ist es praktisch gekommen. Und ob es jetzt hinterlegt ist, müsste ich Sie fragen.

Unverständliches Gemurmel.

Herr Doege

Ja, okay es ist Mittag gekommen. Ich habe die Mail jetzt. Dann ist ja gut.

Herr Töpfer

Frau Nagel bitte.

Frau Nagel

Ich finde es also sehr schwer mit diesem geänderten Stellenplan, der heute irgendwann im Laufe der Arbeitszeit versandt worden ist, den man jetzt im Haushaltsplan nicht wieder findet, der ein separates Dokument ist, dass man hin- und herspringen muss, finde ich sehr schwierig vom Agieren hier als Stadtrat.

Aber die Anmerkung von Herrn Doege ist dennoch berechtigt. Also ich habe jetzt geguckt, die Seite 1348 ist nicht drin und die Stelle müsste dann entsprechend im Änderungsdienst aufgenommen werden.

Herr Töpfer

Es waren heute 36 Seiten mit Stand 02.11.2017, Morgenstunden. So, und wer jetzt den Tag über natürlich einer Beschäftigung nachgeht, hat natürlich Schwierigkeiten, das jetzt praktisch einzusehen bzw. die Blätter von dem Änderungsdienst dann entsprechend auszutauschen.

Unverständliches Gemurmel.

Herr Töpfer

Herr Wolter.

Herr Wolter

Danke für den Hinweis jetzt. Mir ist der jetzt gerade zugegangen der Hinweis, dass hier ein Änderungsdienst eingegangen ist. Ich habe den noch gar nicht gesehen. Es kann sein, Fragen, dann bitte mit dem Hinweis, dass das schon vorliegt, versehen werden. Meine Frage bezog sich auch - danke schön Herr Doege - auf diesen Punkt. Den habe ich jetzt auch noch nicht überprüfen können, ob er jetzt beim Änderungsdienst enthalten ist. Und wenn, dann würde ich gerne kurz hören wo.

Und zweitens, kann auch sein, dass im Änderungsdienst enthalten ... Was mich jetzt wundert sind die Beamtenstellen in unserer Stadtverwaltung. Hier wird angegeben, dass es nur einen Zuwachs von 4 Stellen oder eine Reduzierung von 4 Stellen - ich weiß gar nicht mehr genau - es ging zumindest um 4 Stellen, gibt im Überblick. Der ist aber schon sozusagen mit dem Änderungsbegehren aus dem Fachbereich OB zur Sicherheit ja vollkommen erledigt. Hier sind ja 4 neue Stellen, die geschaffen werden sollen. Die sind aber sozusagen gar nicht zu erkennen.

Im Überblick sind diese 12 Änderungen im Fachbereich Sicherheit eben nur als Angestellte geführt bzw. als Beschäftigte, als normale. Deswegen würde ich jetzt gerne wissen was ist denn die aktuelle Zahl was Sie im Beamtenbereich ändern. Zumindest ist das für mich sachlich nicht mehr nachvollziehbar.

Herr Töpfer

Frau Präkelt bitte.

Frau Präkelt

Vielen Dank. Ich würde jetzt grundsätzlich nur noch etwas zur Systematik sagen. Wir haben es so aufgebaut, dass wir in dieser ersten Folie immer sehen, das ist der Stellenplan und der vorliegende Entwurf, den Sie seit September haben.

In der zweiten Folie, die jetzt zu sehen ist, sind die Veränderungen zwischen dem Stellenplanentwurf und dem heute eingebrachten Papier. Also alle Änderungen, die hier in diesen Folien pro Geschäftsbereich nochmal aufgezeigt sind, sind zusammengefasst die, die auch in den heute eingestellten Unterlagen enthalten sind. Man sieht das nur von der Systematik. Deshalb nicht diese Zeile, in der der Sachbearbeiter Büro OB steht.

Wir haben gedacht zur Erleichterung, damit Sie es schneller finden, ist es, sind jetzt als Änderungsblätter erst einmal nur die Stellenübersichten der Fachbereiche mit enthalten und

nicht der Gesamtstellenplan des Musters 7 laut Kommunalhaushaltsverordnung, sondern die Austauschseiten der Stellenübersichten pro Fachbereich. Damit man besser nachvollziehen kann wo sind tatsächlich die Änderungen.

Herr Töpfer

Herr Wolter nochmal.

Herr Wolter

Danke für die Erläuterung. Aber weder auf diesem Änderungsblatt, was jetzt hier vorliegt, ist die Frage von Herrn Doege beantwortet, noch auf meine Frage haben Sie jetzt geantwortet, was die Beamtenstellen, diese 4 geänderten Beamtenstellen, die jetzt ... Der Fachbereich OB verlangt zusätzliche 4 Stellen und die sind nicht im Stellenplan enthalten. Diese 4 zusätzlichen Beamtenstellen sind nirgendwo dargelegt und da frage ich mich doch warum nicht. Ist das ein Fehler, muss das noch korrigiert werden? Oder wird uns das zukünftig nochmal per Änderungsdienst zugegeben?

Herr Krause

Das sind Angestellte, keine Beamten. Die heißen bloß so.

Herr Geier

Stimmt, ja.

Herr Töpfer

Frau Ernst bitte nochmal.

Frau Ernst

Herr Möller kann das entsprechend einordnen.

Herr Töpfer

Was jetzt, die Beamtenfrage oder welche Frage jetzt, die von Herrn Doege oder die von Herrn ...

Frau Ernst

Die Stellenplanfrage, die würde Herr Möller jetzt beantworten.

Herr Möller

Also, wir haben, ganz kurz, auf der Seite 1401 sind abgebildet in den Veränderungsblättern, die Ihnen heute zugegangen ist. Das muss man natürlich dazu sagen, nicht in dem Exemplar, was Sie im August vorliegen haben, sondern in der heutigen Änderungsmitteilung haben Sie auf der Seite 1401 zum Beispiel die Disponenten, die 6 Stellen zusätzlich. Und wenn wir jetzt über die 4 Stellen Vollzugsbeamte reden, dann sind diese auf der Seite 1400 abgebildet als 4 zusätzliche Stellen. Aber eben im Änderungsdienst.

Herr Töpfer

Heute im Änderungsdienst, Herr Doege, war im Prinzip auch der Wegfall dieser Stelle, die Sie angesprochen haben auf der 1396. Und Fanprojekt, was Frau Ernst vorhin angesprochen hat, das ist heute alles in den Vormittagsstunden... Ich gebe Ihnen natürlich Recht, 36 Blätter dann auszutauschen bzw. zu ergänzen ist natürlich dann immer nicht so einfach. Vor allem wenn man es nicht hat. Bitte schön.

Herr Wolter

Also, ich bin jetzt vielleicht zu schnell. Aber wenn ich da hingucke, sehe ich Besetzung 3 Stellen im Jahr 2017, Besetzung im Jahr 2018 4 Stellen. Das ist keine Änderung von 4 neuen Stellen. Also, ich möchte nochmal wissen Herr Geier, das ist die Frage an Sie. Wo? Weil das ist eine Kostenfrage, die ich gerade stelle zum Personalbedarf. Sie berechnen ja, denke ich, die Beamtenstellen anders in Ihrer Gesamtübersicht als die Angestelltenstellen.

Insofern möchte ich gerne wissen wo. Ob das jetzt einen Zuwachs bedeutet, der noch nicht dargestellt ist oder haben Sie jetzt einfach nur eine Darstellungsproblematik in der Gesamtübersicht?

Sind diese 4 zusätzlichen Beamtenstellen mit A7, sind die ausgeschrieben und sind auch bewertet mit A7, nicht dargestellt? Und hier in diesem Korrekturblatt sehe ich sie auch nicht. Da sehe ich 4 Stellen in der 37, Brandmeister und da sehe ich... Ich weiß gar nicht wo ich die finden soll. Wo die zusätzlichen ... Als ab 1400 gucke ich jetzt gerade.

Herr Töpfer

Herr Geier.

Herr Geier

Nein, Reik Möller.

Herr Möller

Also Herr Wolter ganz kurz. Vielleicht gucken wir gemeinsam mal auf die Seite 1402. Ganz oben. Ja, weil ich die Disponenten hatte. Aber jetzt Verwaltungsvollzugsbeamte. Die 1402 ganz oben die erste Position.

Sie sehen da insgesamt die 15, davon in Klammern 4 neu ab 01.01.2018. Hintergrund ist, die 11 Altverwaltungsvollzugsbeamten sind aufgrund der neuen Entgeltordnung von der E8 in die E9a gruppiert worden. Deswegen sehen Sie dort 11mal alt, das waren die vorhergehenden Stellen und die 4 neu, sind ab 01.01.2018. Das sind die 4 über die wir gerade reden. Die sind sozusagen jetzt zusätzlich in der E9a aufgenommen als Angestelltenstellen.

Herr Töpfer

Herr Doege, jetzt Erleuchtung? Ich fahre jetzt mal wieder zurück aufgrund Herrn Wolter seinen Hinweis. Bereich OB, ja. Bitte.

Herr Wolter

Danke. Dann nochmal die Erläuterung, Sie schreiben im Moment Stellen aus, Verwaltungsvollzugsbeamte. Das sind die Stellen, die Sie gerade besetzt haben. Die sehe ich gleichrangig. Können Sie mir ganz kurz erklären, wie Sie da wechseln zwischen A7 und E9. Also was ist da jetzt sozusagen... Gibt es da unterschiedliche Aufgabengebiete, die Sie da machen?

Das was ich im Moment unter halle.de finde unter der Ausschreibung sind Verwaltungsvollzugsbeamte A7. Deswegen kommt auch meine Frage. Gibt es da jetzt eine unterschiedliche Bewertung oder haben die andere Aufgaben oder ... Das würde ich dann schon nochmal erläutert bekommen.

Herr Töpfer

Frau Hahnemann bitte.

Frau Hahnemann

Also ich habe jetzt gesehen, Herr Möller wollte auch. Ich sage jetzt einfach mal zwischen Beamten und Beschäftigten gibt es unterschiedliche Bewertungsverfahren. Also man kann nicht sagen, eine Stelle, die in E9a oder in E8 ist, ist parallel eine A8, so.

Und das was Herr Möller gerade erläutert hat, also diese 15 Stellen, davon 11mal alte Verwaltungsvollzugsbeamte, die ursprünglich in E8 waren, im Rahmen der neuen Entgeltordnung in E9a eingruppiert sind. Und die 4 neuen Stellen, die sind beabsichtigt ab

01.01.2018 einzustellen. Und wie Sie sehen, in Klammern mit einem Sperrvermerk versehen worden.

Herr Töpfer

Herr Möller.

Herr Möller

Ich würde gerne nochmal kurz ergänzen. Die Frage zielte ja zum Beispiel auf Verwaltungsvollzugsbeamte Asyl. Ich will Herrn Wolter nur mal auf die Seite 1401 switchen. Ganz kurz nur mal an dem Beispiel.

Natürlich sind das andere Aufgaben. Die hoheitlichen Aufgaben, die wir da im übertragenen Wirkungskreis wahrnehmen, sind natürlich dann im Rahmen des Beamtentums abzusichern. Zum Beispiel hier Asyl oder Ordnungskontrolleur. Das sind dann Beamtenstellen, die so ausgewiesen sind. Die sind anders bewertet, weil die Stellenbeschreibung und die Inhalte natürlich auch anders sind und deshalb switchen wir einmal in den Beamtenstatus als solches je nach Aufgabenwahrnehmung oder in dem Angestelltenstatus.

Deswegen haben wir diese Vollzugsbeamten eben teilweise im Angestelltenverhältnis, andere Aufgaben als z.B. jetzt auf der Seite 1401 der Verwaltungsvollzugsbeamte Asyl bearbeitet.

Herr Töpfer

Vielen Dank. Gibt es jetzt noch weitere ...? Herr Cierpinski.

Herr Cierpinski

Ja, die Frage an die Verwaltung. Wir bearbeiten ja jetzt den Stellenplan. Wir haben jetzt auch die Übersicht der Veränderung jetzt zum 02.11. Dort sind 5,55 Vollzeitstellen weggefallen. Frau Ernst hat ja vorhin ausgeführt, dass die Verwaltung im September schon einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hat, einen Entwurf.

Und mich würde jetzt interessieren, wann es die entsprechenden Austauschblätter gibt, was die finanzielle Seite angeht. Also sprich, wir würden ja hier, wir haben ja mindestens eine A14, die wegfällt. Und gerade im Zuge der Diskussion der Erweiterung von Stellen ist ja jetzt hier wieder Puffer drin. Mich würde interessieren welche finanziellen Auswirkungen diese 5,55 Vollzeitstellen haben werden.

Herr Töpfer

Wer möchte antworten? Frau Hahnemann bitte.

Frau Hahnemann

Ja, also, wir werden natürlich umgehend die finanziellen Auswirkungen nachliefern. Das ist ganz klar. Wir haben uns jetzt konzentriert auf das Thema Stellenplan, weil das zentral ja hier im APA zu behandeln ist und wir liefern das halt nach, ja.

Herr Töpfer

Gibt es weitere Nachfragen? Frau Krischok.

Frau Krischok

Ich hatte bereits schriftlich die Frage gestellt, was der Sperrvermerk bedeutet. Da sind ja mittlerweile die 4 plus 6 Stellen. Können Sie das bitte konkretisieren?

Und dann stelle ich gleich meine andere Frage. Es gibt von E13 zu E12 für Referent oder Referentin des OB die Rückstufung, Einstufung ja. Betrifft das jemanden, der schon da ist oder die Neueinstellung oder Umsetzung oder wie auch immer.

Herr Töpfer
Frau Ernst.

Frau Ernst
Herr Möller würde mit den schriftlich eingereichten Fragen beginnen. Frau Krischok sehr gern.

Herr Möller
Ja, Frau Krischok erstmal dazu. Diese 10 Vollzeitstellen, die splitten sich ja in die 6 Disponentenstellen und die 4 Verwaltungsvollzugsbeamtenstellen. Es ist so, dass die 6 Disponentenstellen einen Sperrvermerk haben, weil natürlich hier in der Leitstelle, wenn wir das Personal zuführen, auch eine Refinanzierung natürlich vorliegen sollte. Hier sind die Kostenträger, sprich die Krankenkassen, aber dann auch zweitens der Landkreis Saalekreis mit einzubeziehen. Und wir haben diesen Sperrvermerk jetzt erstmal gesetzt, weil wir im Folgejahr also im Januar, oder jetzt bereits im Dezember mit den Kostenträgern als auch mit dem Landkreis Saalekreis diese Refinanzierung uns verabreden, besprechen wollen. Und dann sukzessive diese Stellen dann freischalten, da hier von einer hundertprozentigen Refinanzierung auszugehen ist.

Es kommt darauf an, wie wir jetzt mit diesen Absprachen mit den Krankenkassen weitergehen. Es sieht gut aus. Aber wir wollen zum 01.01.2018 dann in die Besetzung gehen. Das ist unser Ziel natürlich. Aber wir haben den Sperrvermerk jetzt erstmal so gesetzt.

Die anderen 4 Stellen im Verwaltungsvollzugsbereich, da muss ich sagen, muss der Sperrvermerk weg. Der war also falsch gesetzt. Das ist ein Fehler der Verwaltung, das bitte ich zu entschuldigen.

Herr Töpfer
So und da war ja noch eine Frage von Frau Krischok. Referentenstelle im OB-Bereich. Ist das richtig?

Frau Krischok
Ja.

Herr Töpfer
1314 oder 1415?

Frau Krischok
1312.

Herr Töpfer
Zurück.

Frau Ernst
Dabei handelt es sich um eine Person, die bereits im OB-Büro tätig ist. Das ist die Stelle von Herrn Möller oder die Person von Herrn Möller.

Herr Töpfer

Danke. Gibt es jetzt noch weitere Fragen?

Herr Wolter

Ja.

Herr Töpfer

Herr Wolter.

Herr Wolter

Ja, danke schön. Meine letzte Frage also von meiner Seite bezieht sich auf das Fanprojekt. Sie haben jetzt im Stellenplan vorgeschlagen, dass es dauerhaft keinerlei Beschäftigte innerhalb der Stadtverwaltung gibt, die sich mit dem Bereich Fanleben, Fankultur, Fan als soziale Aufgabe beschäftigen.

Ist das inhaltlich untersetzt und könnten Sie das nochmal begründen, weil Sie ja die Stelle ersatzlos verschieben in den sozialpädagogischen Bereich. Und zuzüglich dann noch sozusagen die Mitarbeiter im Fanprojekt ... Sie beschreiben da ja den Ausfall, das Ende der Förderung. Soweit ich weiß, sind das ja Eigenmittel, die hier eingesetzt wurden. Das bedeutet ja schon eine, sag ich mal, eine grundsätzliche Entscheidung, dass die Verwaltung in diesem Bereich nicht mehr tätig sein will. Ist das richtig?

Herr Töpfer

Frau Ernst bitte.

Frau Ernst

Ich würde gern zum Einsortieren nochmal die Stellensituation beschreiben. Also bei der Stelle, die jetzt umorganisiert wird und in den Geschäftsbereich Bildung und Soziales zurückgeht, handelt es sich um eine Sozialarbeiterstelle, die damals für das Fanprojekt genutzt wurde und insofern, Sie wissen, das Fanprojekt ist eingestellt worden seitens der Verwaltung und damit ist die Stelle in dem alten Wirkungsbereich wieder angesiedelt. Das waren auch die Eigenmittel, die die Stadt für dieses Fanprojekt aufgewandt hat, also in Form dieser Personalstelle. Bei denen hier angegebenen 0,75 Stellenanteilen handelt es sich um Stellen, die quasi vollständig gefördert worden sind durch das Land und dem DFB. Diese Förderung ist weggefallen und insofern ist auch dieser Stellenanteil aus dem Stellenplan rauszurechnen.

Herr Töpfer

Vielen Dank. Eine Nachfrage noch, Herr Wolter.

Herr Wolter

Nochmal meine Frage. Bedeutet das, dass die Stadt innerhalb ihrer Gesamtorganisation keinerlei Projekte und kein Personal mehr vorhält, um sozusagen dort im Fanbereich tätig zu sein und sieht sie das nicht als notwendig an? Das ist meine Frage zu der bisherigen Stelle Koordinator im Streetwork Fanprojekt.

Und zum Bereich der Mitarbeiter ist es für mich auch nicht so richtig nachvollziehbar, was Sie beschreiben, weil ja sozusagen dieser Stellenwegfall 31.12.2017 für mich auch die Frage stellt, sind die Mitarbeiter befristet beschäftigt gewesen. Sind die jetzt gekündigt? Sind die sozusagen ... Oder sind die, die auf dieser Stelle saßen, dann in anderen Bereichen tätig? Das würde mich noch interessieren.

Herr Töpfer

Frau Ernst.

Frau Ernst

Also die Verwaltung hat das Projekt eingestellt und sieht daher auch keine Stelle momentan für das Projekt vor. Die Mitarbeiter, die Sie ansprechen, die über die Förderung beschäftigt wurden im Fanprojekt, da ist die Situation so, eine Kollegin hat sich beworben auf eine andere Stelle, die sie auch meines Wissens nach bekleidet.

Für einen anderen Kollegen wurde ebenfalls ein neues Einsatzgebiet gefunden, die auch von ihm entsprechend ..., also wo es die Zustimmung gibt. Und insofern sind diese Mitarbeiter in neuen Funktionen jetzt tätig und die Förderung dementsprechend auch ausgelaufen.

Herr Töpfer

Reicht das, Herr Wolter? Gut. Weitere Nachfragen zum Bereich OB? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Liebe Frau Ernst ich möchte mich recht herzlich bei Ihnen bedanken auch im Namen des Ausschusses, auch Herrn Möller.

Und wir kommen nun zum Geschäftsbereich I.

Herr Geier

Sie hat noch was.

Herr Töpfer

Frau Ernst bitte.

Frau Ernst

Das knüpft nochmal an meine Frage von vorhin an, weil wir ja unter 6.1. das Thema des Schichtdienstes nochmal besprechen. Und die Frage, ob die Möglichkeit besteht aus zeitökonomischen Gründen, dass hier an der Stelle zu diskutieren oder wie das der Ausschuss sieht war die Frage.

Ich meine die Stellungnahme der Verwaltung liegt vor. Die geht auch von einer Nichtzulässigkeit des Antrages aus. Wenn Sie darüber hinaus noch Informationen wünschen, könnten wir die an der Stelle auch gerne nachliefern. Und da wollte ich jetzt nur das Votum des Ausschusses bzw. Ihre Entscheidung nochmal erfragen.

Herr Töpfer

Also von meiner Seite, ich hätte kein Problem damit. Aber Herr Wolter hat ja vorhin eine Kritik geübt, dass wir uns hier nicht an die Gepflogenheiten halten. Und bevor er mich jetzt vernichtend mit Wörtern überzieht, frage ich Herrn Wolter nochmal direkt, ob er grundsätzliche Einwände hat gegen diese Verfahrensweise. Frau Ernst, ich unterstelle oder gehe davon aus, dass Sie sicherlich nachher nicht da sind.

Frau Ernst

Ich ...

Herr Töpfer

Dann sagen Sie es doch.

Frau Ernst

Ich würde natürlich zur Verfügung stehen. Aber wenn das jetzt hier möglich wäre, wäre sehr freundlich.

Herr Töpfer

Herr Wolter.

Herr Wolter

Wenn Sie die Anträge diskutieren wollen, dann bitte ich Sie auch um Abstimmung dieser Anträge, weil, ich will keine Anträge drei- oder viermal hier diskutieren. Dass man sagt okay,

das ist eine Einbringung. Und wenn sozusagen die CDU jetzt bereit wäre, das einzubringen, dass wir das dann auch, uns damit als Ausschuss abschließend hier befassen, finde es richtig. Ich finde nur sozusagen ein Wir-Tauschen-Uns-Mal-Aus-Über-Irgendetwas sehr ineffizient.

Herr Töpfer

Wollen wir so verfahren? Also dann rufe ich jetzt mit diesem Tagesordnungspunkt den Tagesordnungspunkt 6.1. auf und bitte den Antrag einzubringen. Herr Doege.

Herr Doege

Ja, ich bringe den Antrag gerne ein. Er ist ja sehr kurz gehalten und sehr übersichtlich. Das Ordnungsamt sollte zukünftig grundsätzlich 24h am Tag und 7 Tage die Woche erreichbar sein. Das deckte sich in gewisser Weise ja auch mit Ankündigungen, die der Oberbürgermeister bereits mal vor längerer Zeit gesagt hat.

Die Verwaltung sagt jetzt, wir würden in eine Dienstplangestaltung eingreifen und damit das Organisationsrecht der Verwaltung quasi aushebeln und die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters damit ebenfalls.

Wir haben keine Dienstplangestaltung gemacht und keine Arbeitszeitgestaltung wie das hier drin steht. Wir haben lediglich gesagt, es sollte eine Rund-um-die-Uhr-Besetzung möglich werden. Wie die Verwaltung das dienstplanmäßig gestaltet ist natürlich ihre Sache. Das haben wir überhaupt nicht, auch nicht im Ansatz, erwähnt. Insoweit geht meines Erachtens die Stellungnahme hier an der Realität vorbei.

Und wir würden also diesen Antrag in diesem Sinne aufrechterhalten. Und selbst, wir sind mit Sicherheit insoweit auch durchaus kompromissfähig, dass wir sagen, wir könnten uns durchaus auch so verständigen, dass wir die ersten Schritte sozusagen als einen Teil akzeptieren, die der Oberbürgermeister bereits jetzt mit der Stellenplanung für das Jahr 2018 angegriffen hat. Aber wir möchten natürlich für die Zukunft zumindest die Ausweitung dann auf Rund-um-die-Uhr-Besetzung durchaus für notwendig halten und auch dann realisiert sehen.

Herr Töpfer

Herr Krause.

Herr Krause

Diese ganze Frage ruhestörender Lärm ist offensichtlich eine Sache, die, wenn die Polizei zuständig ist, nach Dienstschluss Ordnungsamt, als derzeitiger Zustand nicht mit Priorität behandelt wird.

Ich zitiere mal aus einem Brief einer Bürgerin, wo mehrere Bürger auch unterschrieben haben aus dem Haus. Die hat den Brief geschrieben am 24.08.2015. Es geht um den Platz vor dem Vorgeschichtlichen Museum, Museum für Vorgeschichte. Und diese Situation ist bis heute nicht abgestellt. Und die Anwohner rufen dort abwechselnd bei der Polizei an nachts, weil bis die Nacht um 4.00 Uhr, da zwischen 30 und mittlerweile wohl in diesem Jahr bis über 100 Personen, 120 Personen in der Woche bis in die frühen Morgenstunden gefeiert haben und die Anwohner und die Kinder nicht zur Ruhe kommen.

Und da schreibt sie unter anderem: „Gestern Nacht um 2.00 Uhr wurde mir von der Polizei mitgeteilt, dass eine Beschwerde wegen ruhestörendem Lärm die letzte Priorität bei ihnen hat und sie beschäftigt sich mit Körperverletzung und anderen diversen Sachen. Die Polizei erklärte mir ebenfalls, dass das Ordnungsamt dafür zuständig ist, dass aber Feierabend hat um diese Zeit.“

Also das ist nur eins von sicherlich ziemlich vielen Beispielen. Wir haben damals versucht mit dem Antrag zu diesen, wie haben wir das damals genannt, diese Spontanpartys, also Plätze auszuweisen wo Jugendliche und Interessierte durchaus auf definierten Plätzen auch kurzfristig was veranstalten können. Aber nicht jeder wo er gerade will, sich die Freiheit da herausnimmt, die Freiheit anderer zu beschneiden. Und das geschieht hier. Das ist wie gesagt ein Zitat aus einem Brief von 2015.

Die Situation hat sich eher verschlechtert als verbessert, wahrgenommen aus Sicht der Bürger. Was ich aus Gesprächen höre und deswegen können wir diesen Antrag erstmal nur unterstützen in dem Anliegen, weil wir haben hier einen Frust bei den Bürgerinnen und Bürgern ohne Not. Da kann man was machen, wenn man organisatorisch umgestaltet. Und da müssen wir eben, und das wäre für mich eben auch interessant zu wissen, wie die Verwaltung dann sozusagen auch stellenmäßig letzten Endes damit umgehen will, wenn sie tatsächlich dieses Problem in Gänze abschalten will, soweit es überhaupt sozusagen in unserem Vermögen ist.

Herr Töpfer

Frau Ernst wollen Sie darauf antworten?

Frau Ernst

Ich würde eine Sache gerne nochmal richtig stellen. Also wenn Sie sagen Herr Krause, dass die Leitstelle sozusagen entsprechend des Antrages oder das Ordnungsamt dann entsprechend im Einsatz sein muss, um genau dieses Beispiel zu klären, dann muss man auch deutlich nochmal die Befugnisse von Ordnungsamt und Polizei unterscheiden. Aber das nur am Rande.

Die Verwaltung hat deutlich gemacht, dass man dem Anliegen, und da gab es ja auch schon im Ordnungsausschuss mehrere Beratungen oder Diskussionen zu dem Thema. Es sind mehrere Anliegen vorgestellt worden. Sie haben auch das Thema Spontanparty angesprochen. Und genau dem Thema soll mit der Veränderung, die wir vorhin vorgestellt haben, auch zum Teil Rechnung getragen werden.

Dass jetzt diese grundsätzliche Einführung eines solchen Dienstes aus Sicht der Verwaltung nicht für sinnvoll erachtet wird, habe ich dargestellt auch mit Blick auf die Befugnisse, die vor Ort erforderlich sind, wenn nachts um 3.00 Uhr bestimmte Themen auf der Straße zu klären sind. Ist da der Einsatz der Polizei erforderlich. Das sind Themen, die die Ordnungskräfte der Stadt so nicht klären können.

Wenn Sie über die Zulässigkeit reden Herr Doege, geht der Antrag eben weit, also hier geht es nicht darum, Dienstpläne zu beschreiben, sondern Sie möchten einen 24h-Dienst sozusagen einführen. Und auch das greift in die Organisationshoheit ein und von daher auch die Stellungnahme, entsprechend den Antrag abzulehnen, weil er unzulässig ist.

Herr Töpfer

Herr Krause und dann Herr Doege.

Herr Krause

Frau Ernst, ich sage es jetzt mal ganz plastisch. Ich habe also auch mit den Leuten gesprochen. Das sind in der Regel dort - und so spielt sich das auf anderen Plätzen auch ab - Schüler und Studenten. Und dann, wenn das Ordnungsamt Dienstschluss hat 22.00 Uhr, dann fangen die noch nicht mal an, die fangen 23.00 Uhr erstmal an mit Trinken, da sind die noch nicht betrunken. Und da lohnt es sich tatsächlich schon, dass da Ordnungskräfte vorbeigehen und wenn die noch einigermaßen nüchtern sind, mit denen in einem vernünftigen Ton reden und ihnen klar machen, dass das hier so nicht geht. Und das ist das, da brauchen die keine Polizei, haben die Ordnungskräfte, nicht zwangsläufig.

Später sehe ich das dann ein, wenn sozusagen gewisse Gefahrenlagen oder Ausnahmesituationen da sind, dann ist das richtig. Aber da vorbeizugehen oder vorbeizufahren, Stopp zu machen, mit den Leuten zu reden, da kann man die Polizei in der Tat tatsächlich entlasten bei wichtigeren und schwierigeren Aufgaben. Darum geht es.

Aber wenn die Bürgerinnen und Bürger im Grunde zwar die Leitstelle erreichen, aber eine Hinhaltenaktik dann läuft, dann fühlen die sich verschaukelt. Und ich habe Ihnen etwas zitiert aus dem Jahre 2015. Jetzt haben wir 2017. Und ich habe die Leute gefragt. Es hat sich nicht geändert.

Herr Töpfer

Frau Ernst nochmal darauf antworten? Nein.

Frau Krischok, ich entschuldige mich, aber Sie sind dann die nächste nach Herrn Doege, ja.

Herr Doege

Nein, mach nur.

Herr Töpfer

Gut, Herr Doege zurück bitte.

Jetzt sind Sie dran. Entschuldigung.

Frau Krischok

Danke. Ich verstehe den Antrag nicht. Das ist Punkt 1. Und bei allerbesten Liebe. Selbst, wenn wir Tausend oder wie viele Einwohner haben und wir für jeden Einwohner einen Ordnungsamtsmenschen hätten, könnte der genau nicht an dieser Stelle oder wäre nicht an der Stelle, weil dann ist... Ja unsere Stadt ist viel zu groß, um das wirklich so abzusichern.

Und ganz ehrlich, ich will auch nicht. So ein bisschen Freiheit darf man in dieser Stadt wohl haben. Und vielleicht ist der eine oder andere mal zu laut. Vielleicht waren wir als Studenten auch irgendwann mal zu laut. Man kann es auch übertreiben. Und ich denke, wenn das Vorhaben, also Leitstelle ist besetzt und Möglichkeiten sind da, dann kann man sicherlich eine ganze Menge machen.

Weil anders und deshalb verstehe ich den, wie ich gesagt habe, den Antrag nicht und werde dem auch nicht zustimmen. Was soll dahinter stecken 24 h lang an jeder Stelle jeden Quadratzentimeter dieser Stadt Menschen zu haben, die aufpassen, dass auch ja alle ordentlich sind? Dazu gehört ja nicht nur der Lärm. Dazu gehört das, was wir im Ordnungsausschuss schon sehr oft diskutiert haben. Von Hundedreck über, weiß ich nicht was, Papierkorb, der umgeschubst wird. Ich würde mal sagen, es ginge auch anders. Aber da können wir uns dann im Ordnungs- und Umweltausschuss näher unterhalten.

Herr Töpfer

Herr Doege.

Herr Doege

Also es ist ein Thema sicherlich. Aber ich möchte die Zwiesprache nicht stören. Ich sehe in unserem Antrag in gewisser Weise einen Mangel für diesen heutigen Ausschuss, weil wir einfach keine konkrete Zahl genannt haben, was das heißt, mit wie vielen Stellen müssten wir eigentlich hier einsteigen. Aber dann wären wir auf dem Glatteis gewesen, auf dem die Linke ist, mit dem anderen Antrag, den wir vorhin schon mal andiskutiert hatten.

Und wir haben ihn ja nochmal nächste Woche im Ordnungsausschuss. Ich denke, da gehört er in erster Linie auch erstmal hin. Dass man sich dort grundsätzlich nochmal über diesen

Antrag verständigt. Und ich würde ihn deshalb für die heutige Sitzung zurückziehen oder vertagen, Entschuldigung ja, vertagen. Wir werden sehen wie das im Ordnungsausschuss ausgeht. Aber vielleicht fällt uns ja noch etwas ein wie viele Hanseln wir bräuchten. Aber ich denke das wäre jetzt verfrüht.

Insoweit könnten wir hier die Diskussion abbrechen. Dass wir erstmal vertagen und sprechen dann inhaltlich zu dem Antrag im Ordnungsausschuss erstmal. Aber vielleicht kann die Verwaltung bis zum Ordnungsausschuss zumindest mal einen Vorschlag machen mit welchen Personalstellen oder eine Aussage machen, welche Personalstellen denn dafür notwendig wären, wenn wir diesen 24h-Dienst als Ansprechbarkeitsdienst in der Leitstelle im Ordnungsamt hätten. Soweit, darum ging es ja hierbei.

Herr Töpfer

Herr Doege, ist der Antrag auf Vertagung jetzt gestellt worden oder Rückzug?

Auf Vertagung.

Dann muss abgestimmt werden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen, ob vertagt wird.

Herr Doege

Ich habe einen Antrag auf Vertagung gestellt als Fraktion.

Unverständliches Gemurmel.

Herr Doege

Habe ich doch gemacht.

Herr Töpfer

In Ordnung, dann ist dies vertagt. Ich hatte nochmal gefragt. Ich wollte sicher gehen.

So, wenn er vertagt ist, brauchen wir nicht darüber abzustimmen. Damit ist dies für heute runter.

Frau Ernst, soweit fertig? Vielen Dank nochmal.

Und ich rufe erneut 5.1. auf.

GB I Finanzen und Personal

Herr Töpfer

Und ich rufe jetzt Geschäftsbereich I. Herr Geier bitte.

Herr Geier

Danke.

Herr Töpfer

Kleinen Moment.

Herr Geier

Ja meine Damen und Herren kommen wir zu dem Geschäftsbereich I. Und ich würde Sie bitten, dass ich das von A bis Z vorstellen kann. Und dass dann eine rege Diskussion losgeht.

Ich fange an mit dem Vergleich 2017 zu 2018 im Zeitpunkt der Einbringung des Stellenplanentwurfs im September 2017. Da hat sich im Vergleich zum Stand im September Büro des Beigeordneten nichts geändert. In der Klammer links sehen Sie die Seitenzahl, die

den Änderungsdienst angibt, wo man das also in der Fortschreibung findet. Im Dienstleistungszentrum Bürgerengagement hat sich da auch nichts geändert.

Und jetzt kommt der Bereich Fachbereich 10. Und da hat sich mit Stand September 2017 im Vergleich zum Vorjahr eine Änderung von insgesamt 8 Stellen ergeben. 8 Stellen Zuwachs.

Die erste Stelle ist eine haushaltsneutrale Umorganisation aus dem Fachbereich 20. Das ist das IT-Sicherheitsmanagement. Da war ursprünglich der Ansatz, das da zu verorten, wo die größte EDV-Software läuft, nämlich im Finanzbereich. Nachdem aber hier IT-Vorschriften vorzunehmen und umzusetzen sind. Nachdem auch in der Diskussion ist mit Hackerangriffen usw. und so fort, halte ich das für angebracht, das zur DV zu bringen und die Datenverarbeitung ist organisatorisch im Fachbereich 10 verortet. Deshalb diese Umorganisation.

Dann haben wir eine zweite haushaltsneutrale Umorganisation aus dem Dienstleistungszentrum Migration und Integration aus dem Fachbereich 10. Und da geht es um eine Sachbearbeiterstelle Personalbetreuung. Und das liegt einfach daran, dass wir rundweg durch Neueinstellungen aber auch durch den Personalbestand wesentlich mehr Personalvorgänge haben, also wo Mitarbeiter diverse Themen, die sie betreffen, anfragen im Fachbereich 10. Und dass muss dann entsprechend personell abgedeckt werden, dass da die Reaktionszeit aus dem Fachbereich 10 nicht zu groß ist.

Der dritte Punkt sind Organisatorenstellen. Eine Organisatorenstelle und da beziehe ich mich auf eine Empfehlung der Landesrechnungshöfe aus Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die haben eine Bemessung von einer Stelle für 300 Beschäftigte vorgeschlagen. Und wenn wir das entsprechend auf unsere Beschäftigtenzahl umrechnen, kommt hier eine Stelle zusätzlich dazu. Das ist im Übrigen auch ein Punkt, den der Landesrechnungshof in seiner jüngsten Prüfung ebenso sieht.

Dann haben wir weiter eine Stelle für die Veränderungsprozesse in der Verwaltung. Hier ist es so, dass wir sehr viele übergreifende Themen haben, also die die ganze Verwaltung beschäftigen und die auch aufgrund dieser Tiefe in die gesamte Verwaltung nicht quasi zusätzlich durch bestehendes Personal erfüllt werden können. Da gebe ich als Beispiel die elektronische Archivierung und Aktenführung als großes Thema oder als Beispiel die Einführung des sogenannten elektronischen Rechnungsworkflows, d.h. also, dass alle Rechnungen, die die Stadt bekommt, eingescannt werden und dann elektronisch im Durchlauf der Verwaltung sind und zur Stadtkasse kommen.

Dann eine weitere Stelle ist vorgesehen zusätzlich für das Thema Inklusion und Schwerbehinderte. Hier geht um eine Umwandlung einer Sozialstelle in eine normale Stelle. So würde ich das mal in Gänsefüßchen ausdrücken wollen.

Dann haben wir eine weitere Stelle vorgeschlagen im Personalmanagement und zwar geht es hier um die Betreuung von Projekten im Bereich der Personalbetreuung.

Und schließlich eine Stelle für die Zeiterfassung und Zeitwirtschaft. Hier geht es um die Fragestellung spezieller Arbeitszeitmodelle, d.h. also dass man auf den geänderten Bedarf der Beschäftigten reagiert. Hier geht es um die Frage der Durchführung von Mitbestimmungsangelegenheiten, Mehrstunden, Überstunden. Und hier geht es um die Frage, dass man eine schnelle Auswertung der Arbeitszeitkonten hat. Diese Stellen insgesamt führen zu einem Stellenmehrbedarf von 8 Stellen im Bereich des Fachbereichs 10.

Dann haben wir noch das Thema Personalgewinnung. Bei der Personalgewinnung rekrutiert sich die zusätzliche Stelle oder ist die Überlegung für die zusätzliche Stelle die gestiegenen Bewerbungsverfahren. Wir haben das auch schon in vorhergehenden Sitzungen diskutiert.

Wir haben beispielsweise 2009 19 externe Verfahren gehabt. 2017 mit Stand September waren es 245. Also ein Vielfaches. Und wir haben da natürlich auch, von der Anzahl der Bewerber, ja immer bei den Ausschreibungen diese hohe Bewerberzahl, die es für bestimmte Stellen gibt. Einfach durchzuarbeiten, um dann einen vernünftigen Vorschlag für eine Stellenbesetzung zu bekommen.

Diese Stellen sind mein Vorschlag und meine Bitte an sie, dass man die für den Stellenplan 2018 im Fachbereich 10 vorsieht. Im Fachbereich 20 auf den Seiten 1411 bis 1413.

Herr Krause

Darf man Fragen stellen?

Herr Geier

Nein, ich wollte es eigentlich durchdiskutieren.

Herr Töpfer

Herr Geier, ich habe es vorher gesagt.

Herr Geier

Fachbereich 20 ist dann ein Stellenabgang dieses IT-Sicherheitsmanagers.

Und dann ist der Vorschlag 2 zusätzliche Stellen einzurichten für Anlagebuchhaltung. Und diese Stellen rekrutieren sich aus dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes zur Eröffnungsbilanz. Da hat also auch der Rechnungshof in seinem Prüfbericht vermerkt, dass wir im Bereich des Finanzwesens 2 zusätzliche Stellen dafür brauchen. Sie wissen, dass wir gerade im Moment auch hier die entsprechenden Dokumentationsstandards und Dokumentationen für die einzelnen Positionen der Eröffnungsbilanz erarbeiten. Und, jawohl, hier zusätzlich aufgrund der Mengenzahl der Positionen aus der Eröffnungsbilanz zwei zusätzliche Stellen Anlagenbuchhaltung empfohlen werden.

Dann das Einwohnerwesen. Beim Einwohnerwesen auf der Seite 1414 bis 1416 ein Zuwachs von im Saldo 17,25 Stellen. Das betrifft einen Dienstaustritt von 0,75 und ein Mehrbedarf in dem Bereich Ausländer- und Asylwesen von insgesamt 15 Stellen. Hier liegt ein Projekt Willkommensbehörde zugrunde. Das war durch das Land und die EU gefördert.

Da haben wir eine externe Beratung bekommen und es ging um die Frage eine analytische Personalbemessung zu ermitteln. Daraus haben sich dann dementsprechende Fallzahlen ermittelt. Es wurde berücksichtigt wie die Prozessabläufe im Idealfall sein müssen. Es wurde mit eingearbeitet, was es dort für Arbeitsrückstände gibt. Es ist ja auch bekannt, dass die Arbeit der Ausländerbehörde öfter hier mal in der Diskussion war. Und das Ergebnis dieser Untersuchung war ein Mehrbedarf von plus 15 Stellen. Das kann also durch eine entsprechende detaillierte Organisationsuntersuchung auch untersetzt werden.

Und mit diesen zusätzlichen 15 Stellen sind dann wir dann im Übrigen auf dem Niveau, dass Magdeburg beispielsweise schon lange hat. Also die sind schon auf diesem erhöhten Standard. Oder was auch vergleichbare Städte als Personalausstattung im Ausländer- und Asylwesen haben.

Dann kommt im Bereich des Fachbereichs 33 noch eine zusätzliche Stelle dazu für Kfz-Zulassung. Hier ist der Hintergrund vor allem verschiedene Änderungen in den gesetzlichen Vorschriften. Es gibt also beispielsweise da die Einführung eines sogenannten Infrastrukturabgabengesetzes. Da kann vielleicht die Frau Lachky mal noch im Detail etwas

dazu sagen. Und diese gesetzlichen Änderungen führen dazu, dass eine zusätzliche Stelle im Bereich der Kfz-Zulassung benötigt wird.

Dann ist eine Stelle hier ausgewiesen zusätzlich in dem Bereich der Führerscheine. Und hier haben wir ja den Pflichtumtausch der EU-Führerscheine, d.h. also, das wird von Papier auf Karten umzustellen sein. Und das erfolgt dann nach einem Stufenmodell, nach Geburtsjahrgängen und dafür braucht man eine zusätzliche Stelle. Mit auch wieder einer mittleren Bearbeitungszeit und einem Aufwand von 140.000 Fahrzeuginhabern, die hier umzuschreiben sind.

Und zu guter Letzt eine Stelle im Urkundenwesen. Hier geht es darum, das elektronische Personenstandsregister entsprechend zu füllen. Hier sind auch entsprechende Fallzahlensteigerungen zu verzeichnen, weil sich auch mehr und mehr Mitbürger mit Migrationshintergrund bei uns entsprechend registrieren. Also das sind die wesentlichen Punkte für diese zusätzliche Stelle.

Dann komme ich zu der Änderung seit der Einbringung des Stellenplans im September. Also was hat sich jetzt zwischenzeitlich geändert? Und da führe ich auf eine Änderung im Bereich des Beigeordneten, bei mir. Da geht es nämlich um die Umorganisation einer Referentenstelle für mich. Die Referentenstelle rekrutiere ich aus einer freien E13-Stelle aus dem Fachbereich 20. Und da bin jetzt quasi etwas der Zeit voraus. Da würde ich Ihnen auch eine entsprechende Beschlussvorlage für die nächste Personalausschusssitzung einreichen.

Zudem sehen Sie dann noch Änderungen in den Stellenwerten, d.h. also hier gab es aus der Mitarbeiterschaft einen entsprechenden Antrag auf Überprüfung der Wertigkeit. Die erhöht sich von E8 auf E9a. Und das hängt vor allen Dingen auch an diesem erhöhten Bedarf, mit Widersprüchen arbeiten zu müssen. Das heißt also, das haben wir jetzt durchgängig für alle Stellen der Grundsteuer entsprechend mit eingeplant. Und dann haben Sie hier noch eine entsprechende Änderung in der Funktionsbezeichnung. Und dann wäre ich mit meiner Einführung durch. Danke.

Herr Töpfer

Vielen Dank Herr Geier.

Gibt es hierzu Fragen, Nachfragen? Frau Nagel, ich war links jetzt schneller.

Frau Nagel

Fangen wir mit dem einfachsten an, der Änderungsdienst. Sie sagen 2017 hatte ihr Büro 5 Mitarbeiter. Laut Stellenplan habe ich 4. Das ist jetzt die Frage. Hatten Sie 5 oder hatten Sie 4? Also auf der Seite 1392 stehen 4.

Herr Geier

Also mit mir waren es 5. Ich habe 4 Mitarbeiter plus mich. Und jetzt kommt diese Referentenstelle dazu.

Herr Töpfer

Das sind aber 6, oder?

Frau Nagel

Dann stimmt es aber trotzdem nicht, weil, wenn es mit Ihnen ist, steht es drin in dem alten Plan, es waren 4, 2018 sind es 5. Jetzt sagen Sie, es hat sich nochmal geändert. Haben Sie sich vergessen mitzuzählen, dass es jetzt 6 sind. Oder?

Herr Töpfer

Herr Geier, nehmen Sie doch mal einen Rechner.

Herr Ruppe bitte jetzt.

Herr Ruppe

Ja, ganz kurz zur Erläuterung, die Seite 1392 weist sowohl die Besoldung des Bürgermeisters B6 mit einer Vollzeitstelle aus. Sowie 3, 4 Zeilen darunter eine Stelle des Controllers, eine Stelle verwaltungsübergreifende Projekte sowie die 2 Büroassistenten. Und dann kommt 2018 mit dem Änderungsdienst hier eine Stelle des Referenten hinzu.

Herr Töpfer

Herr Krause dann.

Herr Krause

Mich würde nochmal die Beschreibung dieser Stelle zur Zeiterfassung interessieren. Was verbirgt sich wirklich dahinter? Also die Prozesse, die ich jetzt gehört habe, sind meines Erachtens stark elektronisch abbildbar. Was macht die Person?

Herr Töpfer

Frau Hahnemann bitte.

Frau Hahnemann

Ja, also der Sachbearbeiter Zeiterfassung und Zeitwirtschaft ist derjenige, der also nicht nur die normalen Arbeitszeiten erfasst, die unsere Mitarbeiter durch die elektronischen Anlagen quasi eingeben oder ... das wird ja so gepiepst, nicht wahr.

Und der Sachbearbeiter Zeitwirtschaft macht also die Zusammenstellung von mehr Minusarbeitsstunden, den speziellen abweichenden Arbeitszeitmodellen, weil nicht alle Mitarbeiter arbeiten von quasi 8.00 bis 16.30 Uhr. Sondern es gibt sehr viele Mitarbeiter, die also auch abweichende Arbeitszeitmodelle haben, auch an Wochentagen und an Feiertagen. Er führt also das Mitbestimmungsverfahren in Arbeitszeitangelegenheiten durch. Und er ist natürlich auch der Zeitbeauftragte, d.h. er schaut, dass die Zeiterfassung ordnungsgemäß erfolgt. Zum Beispiel wer auf Dienstreise ist, muss das eintragen im elektronischen Zeiterfassungssystem. Wenn es nicht erfolgt, dann muss das nachjustiert werden usw.

Das Verfahren ist ja jetzt vereinheitlicht. Wir haben jetzt seit über einem Jahr die elektronische Zeiterfassung. Es wird kaum noch manuell eingetragen, so dass wir also ein gesamtes System haben, wo wir also auch urlaubsbedingte Abwesenheiten mit einpflegen, wie gesagt Dienstreisen mit einpflegen. Auch wenn man untertags Dienstgänge hat, auch das. Ein ganz modernes Zeiterfassungssystem.

Herr Töpfer

Danke. Herr Senius.

Herr Senius

Herr Geier. Ich habe nochmal eine Nachfrage zu der Referentenstelle. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, hatten Sie die ja jahrelang nicht besetzt oder hatten keine Referenten. Das hat uns auch gewundert. Deshalb hatten wir ja im letzten Jahr eigentlich die Initiative gestartet, Ihnen diese Referentenstelle zu ermöglichen. Da war aber die Aussage von Ihnen dann doch so, also so eine richtige Notwendigkeit wurde da nicht erkannt. Mich würde jetzt eigentlich nur interessieren, was ändert sich jetzt in der Struktur Ihres Geschäftsbereiches womit die Einführung dieser Referentenstelle begründet ist.

Herr Geier

Zum 01. Oktober ist die Frau Bessler ausgeschieden. Und die Frau Bessler ist der Anlass, dieses Beigeordnetenbüro neu zu sortieren. Bei der Frau Bessler war das über Jahre so, dass Sie Referentenfunktionen mit übernommen hat und dass ich das einfach aufgrund

dieser historischen Tätigkeit, die die Frau Bessler gemacht hat, so dann weiter fortgeführt habe.

Herr Töpfer

So, gibt es weitere Nachfragen? Herr Wolter.

Herr Wolter

Herr Geier, Sie haben in Ihrem Vortrag erwähnt, dass Sie Standards - das finden wir ja immer spannend auch gerade beim Haushalt - Standards im Vergleich mit anderen Städten zum Beispiel Magdeburg unterlaufen. Sie haben beschrieben, dass Sie erst, wenn Sie die 15 zusätzlichen Stellen überhaupt schaffen, dass Sie dann sozusagen Mindeststandards erreichen. Könnten Sie uns sagen wo Sie diese Standards herausgelesen haben, weil das erstmal eine allgemeine Behauptung ist und ich würde die gerne nachlesen? Erstens.

Zweitens. das ist eine Sperre, die Sie ja mit dem Stellenplan vorschlagen, die bei Fallzahlen erst geöffnet wird. Könnten Sie uns sagen wie Sie die Berechnung dann vornehmen für diese Stellen. Also für die kostenseitige Frage, ob Sie da wiederum so eine 1/12-Regel, die Sie schon mal beschrieben haben, angewendet haben für diese 15 zusätzlichen Stellen, also ob die nicht vollständig im Haushalt abgebildet sind.

Und meine letzte Frage bezieht sich dann nochmal auf die Standards. Sind die 15 Stellen ähnlich in Magdeburg mit Sperre belegt oder in anderen Städten, wo Sie den Vergleich gezogen haben. Das heißt worauf bezog sich sozusagen Ihre Aussage. Also das habe ich dann nicht so richtig inhaltlich verstanden. Ich hoffe Sie haben mich verstanden.

Herr Töpfer

Herr Geier bitte.

Herr Geier

Ja, also Herr Wolter. Ich habe mich bezogen auf das, was in Magdeburg aus dem Stellenplan abzuleiten ist. Es ist aufgrund dieser Bundesgesetze, die da auszuführen sind von der Organisationsstruktur zwischen den Städten tatsächlich sehr gut vergleichbar ja, weil die ja alle Bundesrecht umzusetzen haben. Deshalb ist da, sage ich mal, die Organisationsstruktur, die Vergleichbarkeit sehr gut gegeben. Und ich wollte einfach nur zum Ausdruck bringen, dass die Ausländerbehörde, der Ausländer- und Asylbereich in Halle schon über längere Zeit von der Personalausstattung im unteren Bereich besetzt war. Und das quasi im direkten Vergleich Magdeburg, die schon viel länger mit einem Stand arbeiten, den wir jetzt versuchen, über diese zusätzlichen Stellen im Stellenplan 2018 zu erreichen. Das war der Hintergrund, den ich da zum Ausdruck bringen wollte.

Herr Töpfer

Aber selbstverständlich Herr Wolter.

Herr Wolter

Ich hätte noch eine andere Frage gestellt. Es würde mich trotzdem noch interessieren wie die Berechnung ist. Aber zu Ihren Ausführungen nur, d.h., dass Sie versucht haben alle Stellen zu besetzen, die wir durch den Stellenplan 2017 ja sehr wohl im Bewusstsein einer notwendigen Personalausstattung ja bestätigt haben. Und soweit ich weiß sind die Sperren nicht vollständig aufgehoben. Es sind doch nicht alle Stellen, die wir geplant haben, besetzt. Sie haben jetzt gerade beschrieben, dass es eine Unterbesetzung gibt. Ist das so in diesem Bereich?

Herr Geier

Also in Bezug auf den Stellenplan sind die Stellen besetzt, so. Also das heißt...

Herr Wolter

Es sind alle Stellen besetzt?

Herr Geier

Mit der Bezugsgröße auf den Stellenplan 2017 sind die Stellen besetzt, so. Und jetzt über die Organisationsuntersuchung diese Fallzahlenbetrachtung. Und die sagt dann, dass trotz der Besetzung der Stellen laut Stellenplan immer noch 15 zusätzliche Stellen notwendig sind, um die Anzahl der Geschäftsvorfälle, die dort sind, in einem vernünftigen Zeitrahmen, der da sozusagen als Standardvorgabe da ist, durch diese Organisationsuntersuchung und durch die Vorgaben vom Land, dass das dann umgesetzt werden kann.

Herr Töpfer

Aber selbstverständlich Herr Wolter.

Herr Wolter

Das heißt sozusagen, dass diese Sperre eigentlich Quatsch ist, die Sie jetzt gerade da reingeschrieben haben, mit den 15 zusätzlichen Stellen. Das heißt, das können wir eigentlich schon mal wegnehmen.

Herr Geier

Wieso? Wo ist da jetzt die Sperre?

Herr Wolter

Da stehen 15 Sperre drin, fallzahlenabhängig.

Herr Geier

Ach so, fallzahlenabhängig heißt, dass wir das nach...

Herr Wolter

Dann hat sich meine Frage nach der Kostenberechnung auch erledigt. Dann ist es natürlich logisch. Wir brauchen die 15 zusätzlichen Stellen. Die brauchen wir ab 01.01. bzw. schnellstmöglich, weil da eine Unterbesetzung ist nach Ihren Standards/Untersuchungen, absolut nachvollziehbar. Ist das so?

Herr Geier

Ja, das ist so. Wobei ich jetzt nicht weiß, wieviel der Bedarf jetzt gleich im Januar ist. Aber das läuft nach dem Verfahren ab, wie wir das damals, finde ich, gut implementiert haben im Bereich von Herrn Baus. Wo wir gesagt haben okay, wir haben eine bestimmte Fallzahlensituation, warten aber nochmal ab, wie sich das entwickelt und geben das dann sukzessive frei.

Jetzt zu der Frage, wie das dann...

Herr Wolter

Sie sagen, dass das dann sozusagen eigentlich nur noch in Klammern steht, aber Sie beschreiben gerade den Bedarf aufgrund der Fallzahlenberechnung, dass die 15 Personen notwendig sind. Dann hat sich die Frage erledigt. Aber dann müsste man das auch aus dem Stellenplan rausstreichen, die Sperre.

Herr Töpfer

So jetzt hier alles geklärt. Herr Doege bitte.

Herr Doege

Ja, ich habe eine Frage zur Seite 1405. Ich habe das, das ist Bereich Personal, ich habe das vielleicht vorhin nicht richtig verstanden. Dann bitte ich um Nachsicht. Und zwar eine Stelle, mit der ich jetzt so nichts anfangen kann. Leiter Veränderungsprozesse. Was macht denn der oder die?

Herr Töpfer

Müsste ja relativ einfach sein, Herr Doege, der verändert etwas. Aber konkrete Antwort bitte von Frau Hahnemann.

Herr Doege

Darum bitte ich ja auch.

Frau Hahnemann

Ja, sehr gerne. Also der Fachbereich 10 ist ja wie die meisten im Geschäftsbereich I ein sogenannter Querschnittsbereich. Und alle Veränderungen oder nahezu alle Veränderungsprozesse und –projekte durchlaufen den Fachbereich 10 oder tangieren den Fachbereich 10.

Wir haben zurzeit bei dem Thema Digitalisierung, unsere Verwaltung ist ja auf dem Weg, Prozesse besser und schneller elektronisch abzubilden, laufen derzeit - ich habe es heute gerade nochmal recherchiert - 13 verwaltungsübergreifende Projekte über meinen Fachbereich. Das kann ich jetzt so aus dem Bestand nicht mehr guten Gewissens realisieren. Aus diesem Grund brauchen wir jemanden, der sich mit der Koordination und Abstimmung dieser Projekte in die Verwaltung hinein beschäftigt.

Und der Sachbearbeiter Personalmanagement, den wir noch angemeldet haben, ist quasi derjenige. Die meisten Prozesse, die bei uns über meinen Fachbereich laufen, landen irgendwo ganz konkret bei Personen. Und das ist das Personalmanagement bei mir. Vor diesem Hintergrund, also auch in der Folge dieser, eine Sachbearbeiter oder diese eine Sachbearbeiterin, die wir benötigen.

Herr Töpfer

Gibt es weitere Nachfragen zum GB I? Ich sehe das ist nicht der Fall. Vielen Dank Herr Geier. Aber Sie bleiben ja hier jetzt, nicht wahr? Ich rufe jetzt den Geschäftsbereich II auf. Herr Stäglin.

Ende Wortprotokoll

Geschäftsbereich II Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Stäglin gab anhand einer Präsentation einen Überblick über die Stellenplanung in seinem Geschäftsbereich.

Im Büro des Beigeordneten und im Dienstleistungszentrum Klimaschutz haben sich keine Stellenveränderungen ergeben. Im Fachbereich Planen sind drei neue Stellen hinzugekommen (SB Flächennutzungsplanung, Stadtplaner/-in, TL Bauleitplanung/Städtebau). Des Weiteren gibt es im Fachbereich Bauen zwei neue Sachbearbeiterstellen für Straßen- und Kreuzungsrecht/Bauverträge sowie bautechnische Nachweise Standsicherheit. Im Fachbereich Umwelt gibt es eine kw-Setzung durch einen Dienstaustritt (Gartenarbeiter/-in) und eine Stellenneubesetzung SB Friedhofsentwicklungsplanung. Somit ergibt sich eine Veränderung von 2017 zu 2018 von fünf zusätzlichen Stellen.

Weiter informierte **Herr Stäglin** über zwei Stellenwertveränderungen für den Teamleiter Trassenkoordination und einen Sachbearbeiter Baukontrolle im Fachbereich Bauen.

Frau Nagel wollte wissen, warum es für den Geschäftsbereich einen Änderungsdienst innerhalb der letzten fünf Wochen gab.

Herr Geier verwies auf die vorhergehende ausführliche Erklärung. Hierzu meinte **Herr Stäglin**, dass Stellenbewertungen jederzeit vorgenommen werden können und es hierfür keine festen Stichtage gibt.

Zur befristeten Einstellung von einem Grünplaner erkundigte sich **Frau Krischok**. Die befristeten Einstellungen sind in der Regel begründet mit zeitlich laufenden Fördermitteln, die zur Verfügung gestellt werden, teilte **Herr Stäglin** mit.

Herr Doege bezog sich auf die wegfallende Stelle des Gartenarbeiters. Er wies darauf hin, dass es in dem Bereich wenig Personal gibt und fragte, ob eine Nachbesetzung nicht möglich ist. Es handelt sich dabei um eine kw-Stelle, sagte **Herr Stäglin**. In der damaligen Diskussion konnte man sich auf diese Streichung einigen, dafür bleiben aber die Gärtner/-innen erhalten. Darüber hinaus wird derzeit an der Grünflächenkonzeption gearbeitet. Mit dem daraus resultierenden Ergebnis wird es sicherlich mit Blick auf den Haushalt 2019 eine Diskussion geben.

Es gab keine weiteren Fragen zum Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt.

Geschäftsbereich III Kultur und Sport

Frau Dr. Marquardt informierte anhand einer Präsentation über die Stellenplanung in ihrem Geschäftsbereich.

Im Büro der Beigeordneten, Fachbereich Kultur, Raumflugplanetarium, Volkshochschule, Stadtarchiv, Bibliothek, Stadtsingechor, Stadtmuseum und Fachbereich Sport gab es keine Veränderungen. Im Dienstleistungszentrum Veranstaltungen gibt es eine neue Stelle für den Veranstaltungsservice. Im Fachbereich Immobilien gibt es zwei neue kw-Vermerke durch den Dienstaustritt von Pförtnern, fünf neue Sachbearbeiterstellen Projektsteuerung und eine Stundenerhöhung im Bereich Schulhausmeister/-in. Eine neue Stelle Mitarbeiter Besucherservice wird es im Zentralen Service geben und 1,667 neue Stellen von Musikschullehrern und -lehrerinnen im Konservatorium.

Weiter informierte **Frau Dr. Marquardt**, dass es Stellenwertveränderungen gab für einen Sachbearbeiter/-in Stadtarchiv, Controller/-in und Sachbearbeiter/-in Personenstandsunterlagen.

Herr Senius bat um Erläuterung der 25%igen Stundenerhöhung im Bereich der Schulhausmeister.

Es handelt sich dabei um einen Mitarbeiter, welcher mit einer $\frac{3}{4}$ Stelle in der Poststelle tätig war. Dieser wird nun umgesetzt in den Hausmeisterservice und die Stelle wird mit $\frac{1}{4}$ aufgewertet, wodurch eine Vollzeitstelle entsteht.

Herr Rupsch bezog sich auf den neuen kw-Vermerk für die Sachbearbeiterstelle Vergabe von Sportstätten. Er wollte wissen, warum dieser Vermerk gesetzt wurde.

Der Vermerk ist schon längere Zeit gesetzt worden im Zusammenhang mit dem Projekt zur elektronischen Vergabe von Sportstätten, erklärte **Frau Dr. Marquardt**.

Herr Doege bat um Erläuterung zur ehemaligen E9 Stelle Kurator/-in, welche nun in die E13 eingruppiert wird.

Die Stelleninhaberin nimmt seit Jahren mit einer Zulage zur E13 die Kuratorentätigkeit wahr, sagte **Frau Dr. Marquardt**. Dies wurde untersucht und neu bewertet.

Herr Wolter bat um Erklärung, warum die Schulhausmeister von der E6 in die E5 eingruppiert werden.

Das hängt mit den Stellenbewertungen zusammen, teilte **Frau Dr. Marquardt** mit. Dementsprechend sind teilweise Aufgaben weggefallen, was eine niedrigere Gruppierung mit sich zieht.

Weiter erkundigte sich **Herr Wolter** zu den insgesamt 22 Stellen im Bereich Schulhausmeister.

Hierbei gab es eine interne Umorganisation und Stellenneuschaffungen im Jahr 2016, sagte **Frau Dr. Marquardt**.

Frau Hahnemann ergänzte, dass für eine Eingruppierung in eine E5 nach der neuen Entgeltordnung eine mindestens dreijährige einschlägige Berufsausbildung abgeschlossen sein muss. Bei der E6 gehören auch Beschäftigte dazu, denen mindestens ein Schulhausmeister durch ausdrückliche Anordnung direkt unterstellt ist.

Frau Hinniger fragte, ob sich Herabgruppierungen durch die neue Entgeltordnung ergeben haben. Hierzu sagte **Frau Hahnemann** eine schriftliche Beantwortung zu.

Es gab keine weiteren Fragen zum Geschäftsbereich Kultur und Sport.

Geschäftsbereich IV Bildung und Soziales

Frau Brederlow zeigte anhand einer Präsentation die Änderungen in der Stellenplanung in ihrem Geschäftsbereich auf.

Im Büro der Beigeordneten und im Bereich Sozialplanung gab es keine Veränderungen.

Im Dienstleistungszentrum Familie ergeben sich die größten Veränderungen durch das geänderte Unterhaltsvorschussgesetz. Zum Stand 31.12.2016 gab es 2.570 Zahlfälle, mit Stand 30.07.2017 2.377 Fälle, Neuanträge liegen bei 3.300 bis zum Zeitpunkt 30.09.2017. Seitens des Jobcenters wurden 4.600 neue Anträge avisiert, teilte **Frau Brederlow** mit. Die Verwaltung rechnet für das Jahr 2017 somit prognostisch mit ca. 7.000 Zahlfällen. Fallzahlenschlüssel pro Mitarbeiter liegen noch nicht vor.

Die nötigen Stellen für das Dienstleistungszentrum wurden haushaltsneutral aus anderen Fachbereichen umorganisiert. Sieben Stellen kommen dafür aus dem Fachbereich Soziales und drei Stellen aus dem Fachbereich Gesundheit.

Eine Stellenreduzierung ergibt sich im Jobcenter durch einen Trägerbeschluss-

Im Fachbereich Bildung gibt es eine zusätzliche Stelle Tandemfallbegleitung für den Personenkreis Ü35, welche Leistungsanspruch im SGB II haben. Hinzu kommen 5,75 Stellen SB für Grundsatzfragen, Fachberater Kindertageseinrichtungen, Erzieherin, SB Verwendungsnachweisprüfung Fördermittel BuT, SB Kriseninterventionsteam und Sozialarbeiter Frauenschutzhau.

Des Weiteren gibt es eine kw-Setzung Büroassistent/-in des Abteilungsleiters im Fachbereich Gesundheit, bedingt durch den Dienstaustritt der Stelleninhaberin.

Im Fachbereich Soziales sind die Stellenabgänge wie bereits beschrieben verzeichnet.

Änderungen seit der ersten Lesung zum Haushalt 2018 haben sich wie folgt ergeben:

- eine Stelle zusätzlich, 1 x Abteilungsleiter sozialpädagogische Leistungen (Umorganisation aus Büro OB, Leiter Fanprojekt)
- Stellenneubewertungen für SB Schulspeisung, SB Betreuungsbehörde, Sozialarbeiter/-in Kinder
- Änderung von Funktionsbezeichnungen im Jobcenter, Fachbereich Bildung und Fachbereich Gesundheit

Herr Krause wollte wissen, wer die Aufgaben des Fanprojektleiters vorher wahrgenommen hat. Diese Stelle gab es vorher nicht, sagte **Frau Brederlow**. Früher wurden die Aufgaben von zwei Abteilungsleitern durchgeführt.

Weiter fragte **Herr Krause**, ob es bei einer Neuauflage des Projektes keine Förderung mehr geben könnte.

Hierzu meinte **Frau Brederlow**, dass sich die Stelle aus Mitteln des Deutschen Fußballbundes und des Landes finanziert hat. Ob eine kommunale Förderung möglich ist, kann man noch nicht abschätzen. Mittel wären denkbar aus dem Bereich Sport oder Jugendhilfe.

Frau Krischok bat um kurze Information zur Sperre der genannten Stelle.

Die Sperre wurde auferlegt, da noch geprüft werden muss, wie hoch die konkrete Fallzahl und der Arbeitsinhalt sein wird, erklärte **Frau Hahnemann**. Nach Prüfung kann dann die Sperre aufgehoben werden. Die Stelle kann somit auch nicht zum 01.01.2018 besetzt werden.

Herr Wolter bezog sich auf die aus dem Fachbereich Soziales dem Dienstleistungszentrum Familie neu zugeordneten sieben Stellen. Er wollte wissen, ob diese Stellen zum Ist-Stand Juni 2017 besetzt waren. Und wenn es sich um mit Sperrungen versehene Stellen handelt, ob diese dann als Neuschaffungen gelten.

Es handelte sich dabei nicht um Stellen mit Sperrvermerken, erläuterte **Frau Brederlow**. Des Weiteren waren die Stellen ebenfalls besetzt. Aber auf Grund der veränderten Fallzahlenentwicklung, musste teilweise umstrukturiert werden.

Frau Nagel wollte wissen, ob es prozentual mehr unbesetzte Stellen gibt als in anderen Fachbereichen und wann das letzte Mal die Stellen Fachberater/-in Senioren besetzt waren und wann mit einer Neubesetzung zu rechnen ist.

In 2017 wurden sie neu geschaffen und auch besetzt, entgegnete **Frau Brederlow**. Zur ersten Frage verwies sie noch einmal auf die veränderte Fallzahlenentwicklung, wonach sich unbesetzte Stellen ergeben haben.

Frau Hahnemann sagte zu, eine Übersicht der tatsächlich besetzten Stellen fachbereichsübergreifend zur Verfügung zu stellen.

Weiter bat **Frau Nagel** um Auskunft zum Transferpersonal.

Herr Bürgermeister Geier führte aus, dass es mit dem Stand der Haushaltseinbringung eine Veränderung bei den übergreifenden Personalmaßnahmen im Saldo von 8,625 Stellen gab. Die Personalentwicklungsstellen sollen neu eingeführt werden im Jahr 2018. Diese sind als übergreifende Personalmaßnahme verortet. Das heißt, hier nutzt man diese Stellen, um bestimmte Personen in einen künftigen Führungskader zu bringen und entsprechend weiterzuentwickeln. Weiter informierte er über die Strukturen PE-Stellen, Transferpersonal und Freizeitphase ATZ.

Herr Wolter erläuterte den Änderungsantrag seiner Fraktion zum/zur Koordinator/-in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention und begründete diesen. Er bat um kurze Stellungnahme von der Verwaltung.

Die Verwaltung wird dem Änderungsbegehren folgen, sagte **Frau Brederlow**. Die Begründung des Änderungsantrages kann die Verwaltung allerdings nur teilweise nachvollziehen; hierzu gab sie Beispiele an. Die Suchtpräventionsfachkraft ist eine Stelle, die es bisher bei einem freien Träger gibt, somit nicht in der Stadtverwaltung. Deswegen bei einem freien Träger, weil nur dieser Landesmittel dafür akquirieren kann. Diese Stelle wird im Jahr 2018 besetzt. Die Stelle der Sozialarbeiterin im SPDI ist davon unberührt, diese gibt es nach wie vor.

Herr Wolter erklärte, dass er auf Grund der Ausführungen noch Klärungsbedarf in der Fraktion sieht und der Antrag somit vertagt ist, um diesen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss zu beraten.

Frau Krischok informierte über den Änderungsantrag ihrer Fraktion zur Einrichtung einer Fachstelle gegen Rechtsextremismus und begründete diesen.

Herr Senius konnte den Aussagen von Frau Krischok folgen. Er sprach sich ausdrücklich dafür aus, die Anbindung an das bestehende Bündnis für Demokratie und Toleranz in der Bezeichnung der Fachstelle auch deutlich zu machen. Seinem Wissen nach, ist die Stadt im Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt. Die Bezeichnung wurde durch die Ausschussmitglieder abgelehnt.

Nach einer Diskussion zur weiteren Verfahrensweise zur Abstimmung, merkte **Herr Krause** an, dass der Ausschuss für Personalangelegenheiten einen empfehlenden Charakter hat.

Herr Bürgermeister Geier wies darauf hin, dass eine erneute Behandlung im Ausschuss nicht möglich ist, da die letzte Beratung im Finanzausschuss am 24./25.11.2017 stattfindet. Der nächste Personalausschuss ist erst am 29.11.2017. Somit ist eine Beschlussempfehlung vor dem Finanzausschuss nötig.

Die Fraktionen haben weiterhin die Möglichkeit, Änderungen bis zur beschließenden Stadtratssitzung einzubringen, teilte **Herr Krause** mit. Der Beschluss zum Stellenplan sollte heute getroffen werden.

Nach der weiteren Diskussion schlug **Herr Krause** vor, die genannten Änderungsanträge in den Finanzausschuss zu verweisen. Daraufhin verwies **Frau Hinniger** den Änderungsantrag ihrer Fraktion in den genannten Ausschuss.

Hierzu bat **Herr Töpfer** um Abstimmung zur Verweisung.

Abstimmungsergebnis Verweisung: einstimmig zugestimmt

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Töpfer** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage im Hinblick auf den Stellenplan.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan 2018.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2016 zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten hat über den **Stellenplan** mit den dazu vorliegenden Änderungsblättern empfehend beschlossen.

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung einer Fachstelle gegen Rechtsextremismus zur BV Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016 - Vorlage: VI/2017/03365 - Stellenplan Vorlage: VI/2017/03513**

Abstimmungsergebnis: verwiesen in den Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) richtet zum 01.03.2018 eine Personalstelle „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ in der Stadt Halle (Saale) ein.

zu 5.1.1.1 **Änderungsantrag der Stadträte Markus Klätte und Helmut-Ernst-Kaßner zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung einer Fachstelle gegen Rechtsextremismus VI/2017/03513 Vorlage: VI/2017/03551**

Abstimmungsergebnis: verwiesen in den Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der o.g. Antrag wird wie folgt geändert:

Die Stadt Halle (Saale) richtet zum 01.03.2018 eine Personalstelle „Fachstelle gegen **Rechtsextremismus politischen Extremismus**“ in der Stadt Halle (Saale) ein.

**zu 5.1.1.2 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Einrichtung einer Fachstelle gegen Rechtsextremismus - VI/2017/03513
Vorlage: VI/2017/03553**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen in den Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Antrag erhält die folgende Fassung:

Die Stadt Halle (Saale) richtet zum 01.03.2018 eine Personalstelle „Fachstelle gegen Rechts Extremismus“ in der Stadt Halle (Saale) ein.

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016, hier: Koordinator/-
in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention
Vorlage: VI/2017/03548**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Der APA hat dies vertagt, mit dem Hinweis zur Weiterbehandlung in den nachfolgenden Gremien

Beschlussvorschlag:

1. Die Stelle „Psychiatriekoordinator/-in Sucht“ im Stellenplan 2018 (S. 1354, lfd. Nr. 167) wird mit dem Vermerk „kw bei Freiwerden“ versehen.
2. Im Stellenplan 2018 wird im FB Gesundheit ab Januar 2018 eine neue Stelle „Koordinator/-in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention“ in der Entgeltgruppe E 12 geschaffen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit
Vorlage: VI/2017/03382**

Die Diskussion dazu fand unter dem TOP 5.1 Haushalt, hier Geschäftsbereich Oberbürgermeister, statt.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Das städtische Ordnungsamt ist künftig grundsätzlich 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche erreichbar.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

Mitteilungen wurden nicht gegeben.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

9.1 Anfrage Frau Nagel zum Entwurf Personalentwicklungskonzept

Frau Nagel wollte wissen, wie Anmerkungen etc. zum Entwurf vom Personalentwicklungskonzept der Verwaltung übermittelt werden sollen.

Hierzu sagte **Herr Bürgermeister Geier**, dass dies in geeigneter Form geschehen soll bis Ende des Jahres.

zu 10 Anregungen

10.1 Anregung Herr Rupsch für die Haushaltsberatung im nächsten Jahr

Herr Rupsch regte an, im kommenden Jahr die letzte Lesung zum Haushalt des Ausschusses für Personalangelegenheiten kurz vor dem abschließenden Finanzausschuss anzusetzen.

Das Vorgehen konnte **Herr Töpfer** unterstützen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Töpper** beendete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Gernot Töpper
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
stellv. Protokollführerin